

Arbeiter-Zeitung

Sonntag, 26. Januar 1920
11. Jahrg. Nummer 21

Verlag: täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Preis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 3,60 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,50 Mk., unter Streifenband 3,00 Mk. Anzeigenpreis: Die sechsfaltige Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Veranlagungsanzeigen 8 Pf., Restliche 10 Pf. — Die dreifaltige Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Nachnahme u. der Haupt-Expeditionen 5 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 15 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzstraße 50, Telefon 550 89. Postfach: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Kreuzstraße 50, Telefon 239 02. Geschäftsstelle: Breslau, Kreuzstraße 50, Telefon 239 02. Geschäftsstelle: Breslau, Kreuzstraße 50, Telefon 239 02. Geschäftsstelle: Breslau, Kreuzstraße 50, Telefon 239 02.

Demonstration der Erwerbslosen im Reichstage

„Wir wollen Arbeit und Brot!“ — „Nieder mit der Regierung!“

(Eig. Bericht.) Berlin, 24. Januar.

Nach einer vierwöchigen Pause gaben sich heute die „Volksvertreter“ ihr erstes Stelldichein im neuen Jahre. Schon lange vor Beginn der Sitzung sah man bekannte Parteigesichter bei eifrigem Geklapper in den Wandelgängen promenieren. Die Unterhaltung drehte sich um die Regierungserweiterung. Man nennt das Geklapper mit einem parlamentarischen Ausdruck „formlose Verhandlungen“.

Die Frage der Regierungserweiterung

Ist tatsächlich im Moment die einzige Frage, die die Gemüter von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschen Nationalen ein wenig anregt.

Um 15 Uhr begann die Sitzung. Löbe wünschte den Abgeordneten ein frohes neues Jahr. Darauf folgte der Vorstoß der kommunistischen Fraktion durch Genossen Stöcker. Mit scharfen Worten forderte er die Regierung zur Erweiterung der Regierungserweiterung.

Die Behandlung der kommunistischen Erwerbslosen-Interpellation, die bereits schon im November des vergangenen Jahres eingebracht wurde, er verlangte ferner die Beratung der Erwerbsloseninterpellation und forderte die Erklärung der Regierung zu Groeners Kriegsbekämpfung. Im ersten Moment wagte niemand gegen die Aufhebung dieser Punkte auf die Tagesordnung zu protestieren. Doch dann erhob sich der fetter Prälat Leicht aus den Reihen der Bayerischen Volkspartei, rief die beiden Worte: „Ich protestiere!“ und schon war die Beratung der kommunistischen Interpellation abgemürt. Nach diesen „arbeitsreichen“ fünf Minuten verließen die Abgeordneten scharenweise den Sitzungssaal, denn es folgte als einziger Tagesordnungspunkt die Beratung eines Gesetzes über die Parteigeldempfänger. Zuerst sprach Hilsenrath. An ihm wurde die neue Lautsprecheranlage erprobt, und man kann gestehen, daß die Rede jetzt nicht nur den Eindruck der „ewigen Walze“, sondern sogar die echten Grammophonöne vermittelte. Genosse Zörgler sprach für

die kommunistische Fraktion über die Beamtenfeindlichkeit des neuen Gesetzes.

Nach einer einhalbstündigen Sitzung Präsident Löbe die Sitzung schließen wollte, sprang Genosse Zörgler noch rasch zur Rednertribüne und verlangte, daß wenigstens auf die Tagesordnung der morgigen Reichstagsitzung die kommunistischen Anträge für die Erwerbslosen wie die Groener-Interpellation gestellt werden. Löbe ließ abstimmen und siehe da, sowohl gegen die Behandlung der Erwerbsloseninterpellation als auch der Groener-Interpellation.

Stimmen in geschlossener Einheitsfront Sozialdemokraten und Deutschnationale. In diesem Moment erhoben sich plötzlich auf allen Rednertribünen in Massen erscheinende Erwerbslose und riefen wuchtig in den Saal: „Wir wollen Arbeit und Brot!“

Präsident Löbe schloß schnell die Sitzung, ohne jedoch den weiteren Verlauf der Erwerbsloseninterpellation auf den Tribünen dadurch unterbinden zu können. Häufte ballten sich. Ein neuer Ruf im Chor: „Wir wollen Arbeit und Brot! Nieder mit der Regierung!“ Ein großes Transparent mit den Forderungen der Erwerbslosen flatterte in den Sitzungssaal. Die Abgeordneten strömten zusammen. Händellatschen auf den Bäcken der Kommunisten. Berwärt laufen die Sozialdemokraten umher, denn weitere Zurufe folgen: „Hier sieht man die Verräter!“ „Wo bleiben denn die Gewerkschaftsführer?“ Häufte erheben sich und wütende Reden werden von den Tribünen zu den Reihen der bürgerlichen Abgeordneten gehalten. Diese versuchen zu erwidern. Doch geschlossen der neue Ruf: „Wir wollen Arbeit und Brot!“ Nach zehn Minuten nach Schluß der Sitzung waren die Tribünen überfüllt. Keiner wollte weichen. Eine wuchtige Demonstration! Ein Rotschrei an die Regierung! Ein Aufruf an alle Erwerbslosen im Reich, an die gesamte Arbeiterklasse!

Wie immer: die Staatsgewalt erschien darauf in Gestalt der Schupo des Herrn Zörgiebel. Ein Ueberfallkommando war zur

Stelle. Man wollte Verhaftungen vornehmen, die jedoch durch das Eingreifen der kommunistischen Abgeordneten verhindert wurden.

Die Erwerbslosen auf den Tribünen des Reichstags konnten mit eigenen Ohren hören, welches Schindluder Regierung und Regierungsparteien mit ihnen treiben. Sie konnten sehen, daß Sozialdemokraten und reformistische Gewerkschaftsführer Arm in Arm mit den brutalsten Scharmachern gegen die Behandlung der Erwerbsloseninterpellation stimmten. Welche Ungeheuerlichkeit! Man ist von den Sozialdemokraten ja schon gewohnt, daß sie gegen fast alle Anträge zugunsten der Erwerbslosen stimmen, aber daß sie sogar in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit und des Massenhungers die Behandlung der Erwerbsloseninterpellation verhindern, schlägt wohl dem Faß den Boden aus.

Vom Tage

Die Nachrichten der bürgerlichen Sensationspresse über die Flucht Trozkis aus der Sowjetunion sind von A bis Z erfunden und erlogen.

Die litauische Regierung hat auf die Sowjetnote mit einer ausführlichen Deutschrift, die scharfe Anklagen gegen Polen enthält, geantwortet.

Im Bölling-Hoffmann-Prozess wurde die Berufung des Generalstaatsanwalts im Falle Hoffmann zurückgewiesen; Bölling wurde zu 50 Mark Geldstrafe und Verweisung in ein anderes Richteramt verurteilt.

Viele Arbeitslose in England haben sich zu Fuß nach London in Marsch gesetzt, um den Widerruf des schändlichen Arbeitslosengesetzes vom vorigen Jahre zu verlangen.

Eine kurz vor Redaktionsschluß aus Belgrad eingegangene Meldung besagt, daß die Räume aller politischen Parteien Südbanien unter Polizeiaufsicht gestellt worden sind.

Bei den Gouvernementswahlen im Staate Hidalgo (Mexiko) kam es beim Wahlkampf zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Parteien, wobei angeblich 41 Personen getötet und über 100 verwundet wurden.

Die „Rote Zeitung“ teilt mit, daß das Moskauer Zentralhaus der Künste, ein Museum, eine Bibliothek und Wohnräume von Studenten enthaltend, vollständig durch Feuer zerstört wurde.

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag den Gesetzentwurf zum Kellogg-Vertrag.

Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion angedroht

Warnmeldungen aus Afghanistan und Japan — England bereitet den Krieg vor

Berlin, 25. Januar. (Eigene Meldung.) Die Nachrichten, daß der König Habibullah ein direkter Agent des englischen Imperialismus ist, finden ihre Bestätigung. Die „Telegraphen-Agentur der Sowjetunion“ meldet, daß man in Kabul sich mit dem Plane trage, das Außenministerium abzuschaffen und jegliche Beziehungen zu auswärtigen Staaten, ausgenommen England, abzubringen.

In afghanischen Kreisen wird behauptet, daß dieser Vorschlag von der englischen Botschaft (!) komme. Eine Meldung der ZL besagt bereits, daß Habibullah beschlossene habe, die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion abzubrechen. Ginge es so, Habibullah England ersucht haben, ihm eine Anleihe zu gewähren, aus welcher die Kosten der ersten Regierungszeit bestritten werden sollen.

Nach einer Meldung aus Peking berichten die Tokioer Zeitungen „Hochi“ und „Dzibji“ aus gut unterrichteten japanischen Quellen, daß die japanische Regierung beabsichtige, ihre Beziehungen zu Moskau abzubrechen.

Der Verband der japanischen Fischereindustriellen hat beschlossen, sich dem antibolschewistischen „Weltverband der russischen Gläubigen“ in London anzuschließen und zu fordern, daß die Sowjetregierung sämtliche Ansprüche, die aus den Verlusten der japanischen Industriellen bei dem Zusammenbruch des russischen Kaiserreiches entstanden seien, vollkommen befriedige.

Blitzartig beleuchten die zwei Meldungen die weltpolitische Situation und bestätigen die vom 8. Weltkrieg gegebene Analyse, daß die Kernfragen der gegenwärtigen internationalen Lage der Gegenkampf zwischen der gesamten kapitalistischen Welt und der Sowjetunion ist.

Die afghanische Meldung enthüllt die wahren Ziele des mit englischen Pfunden, Munition und Waffen organisierten Aufstandes, durch Vernichtung der Unabhängigkeit Afghanistans die asiatische Kriegsfront gegen die Sowjetunion zu verbreitern. Gleichzeitig mit dieser Meldung kommt die Nachricht von den Absichten der japanischen Regierung, die diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetregierung abzubrechen und sich voll auf dem Antisowjetblock Englands anzuschließen.

Diese zwei Meldungen geben aber noch kein vollständiges Bild über die Kriegstätigkeit Englands in Asien! Die Verschwörung gegen Kemal Pascha in der Türkei, die vorerst noch vereinzelt ausbrechenden Aufstände in Persien sind gleichfalls auf die Unterjochung dieser unabhängigen Staaten und ihre gewaltsame Einfügung in die antisowjetische Kriegsfront gerichtet.

Auf der europäischen Front dokumentiert Polen durch die Ablehnung der sowjetrussischen Friedensvorschläge sein Bemühen, einen baltischen Block gegen die Sowjetunion aufzurichten. Die Bildung einer Sowjetrußland feindlichen Regierung in Finnland, die Aufrichtung der Militärdiktatur in Jugoslawien, das Kriegsangebot Chamberlains an Stresemann, die Groenerische Deutschrift über die Einlegung der deutschen Kriegsschiffe gegen die Sowjetunion und die mit all diesen Taten Hand in Hand gehende Verschärfung aller Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse, der Raub der Streikfreiheit, die Verschärfung der Klassenjustiz zeugen von der jähen Energie und Brutalität, mit der die Imperialisten auf den Krieg gegen die Sowjetunion lossteuern.

Die Kriegssignale an allen Grenzen der Sowjetunion rufen die Frage des Krieges in den Mittelpunkt des Kampfes der Arbeiterklasse. Sie stellen jedem Klassenbewußten Arbeiter die Aufgabe, in den Massen Arbeit über die imperialistische Kriegspolitik und über die Methoden ihrer Bekämpfung zu schaffen.

Mehr als verdoppelt

hat sich die Zahl der im Sondervertrieb verkauften Exemplare der „Arbeiter-Zeitung“ mit der Erwerbslosenbeilage. Betrug die Zahl der verkauften Exemplare vergangene Woche 1290, so liegt sie diese Woche auf 2745. Auch diese Zahl befriedigt noch keineswegs, insbesondere, wenn man weiß, daß der Sonderverkauf in nur 22 Orten vorgenommen wurde. Die Erwerbslosen-Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung“ enthält nicht nur in der Beilage, sondern in allen Teilen wichtiges Material. Deshalb muß sie auf jeder Stampecke in Schlesien und Oberschlesien zum Vertrieb gelangen. Genossen, heran mit gesteigerter Aktivität an die Arbeit! Waren es diese Woche 2745 Exemplare, so ist das Ziel für die nächste Woche mindestens

4000!

Sonntag Warmbereitschaft für die Breslauer Arbeiterschaft

Stahlhelm darf nicht demonstrieren

Breslau, 25. Januar.

Wir meldeten gestern auf Grund eines Telefongesprächs, daß der Polizeipräsident Kleibömer sowohl die Gegendemonstration des KAPD, als auch den Stahlhelmmarsch verboten habe. Wie sich nunmehr herausstellt, ist ein offizielles Verbot noch nicht ergangen, doch wurde der Bezirksleitung der kommunistischen Partei gestern nachmittags nachstehendes Schreiben zugesandt:

Der Polizeipräsident, Breslau, den 24. Januar 1929.
In Nachgang zu der fernmündlichen Mitteilung des Herrn Kriminalkommissar Gayle teile ich Ihnen ergebenst mit, daß die von Ihnen am 27. Januar beabsichtigte Gegendemonstration gegen den Faschismus eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeutet. Ich bitte um gest. Mitteilung bis 25. Januar, nachmittags 6 Uhr, ob unter diesen Umständen auf Gegendemonstration verzichtet wird mit dem Verständnis, daß ich den Demonstrationmarsch des Stahlhelms durch Breslau zur gleichen Zeit gleichfalls für eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und deshalb unzulässig ansehe.
gez. Kleibömer.

Das angekündigte Verbot der geplanten Gegendemonstration der Massenbewegten Arbeiterschaft liegt durchaus in der Linie der Politik des sozialdemokratischen Polizeiministers, der die Verantwortung für die dauernde Beschneidung des Versammlungsrechts der Arbeiterschaft und die Verhängung des Kleinen Belagerungszustandes in zahlreichen Orten Preußens trägt. Im Zeichen der Großen Koalition, der Massenarbeitslosigkeit und der verschärften Ausplünderung der Werktätigen durch neue Steuern und Fleischwucher ist die Lösung des sozialdemokratischen Polizeiministers und der ihm unterstellten Polizeipräsidenten: „Herunter mit den Arbeitern von der Straße!“ Der Empörungsschrei der Massen soll ertönt werden. Wir protestieren auf das schärfste gegen das angekündigte Verbot der Gegendemonstration und erklären: Die unter Führung der kommunistischen Partei stehende revolutionäre Arbeiterschaft sowie die Mitglieder des Massen Frontkämpferbundes und die Massen der mit ihnen sympathisierenden Arbeiter werden unter allen Umständen jede Demonstration des Stahlhelms in Breslau-West mit einer Gegendemonstration beantworten.

Findet, wie uns gestern versichert wurde, die Stahlhelmdemonstration am Sonntag nicht statt, so würde damit auch der Anlaß zur Gegendemonstration fallen. Die Breslauer Arbeiterschaft aber wird sich nicht auf die Ankündigung der Breslauer Polizei, sondern auf ihre eigene Kraft verlassen. Unter keinen Umständen wird sie dulden, daß der rote Weissen, der Wedding der Breslauer Arbeiterschaft, zum Aufmarschgebiet für die Wilhelm feiernden Faschisten-Jünglinge wird. Trotz des angekündigten Verbots der Gegendemon-

stration zögern wir an die Breslauer Arbeiterfront deshalb die Anforderung, die besonders für alle Parteimitglieder und roten Frontkämpfer am Sonntag gilt:

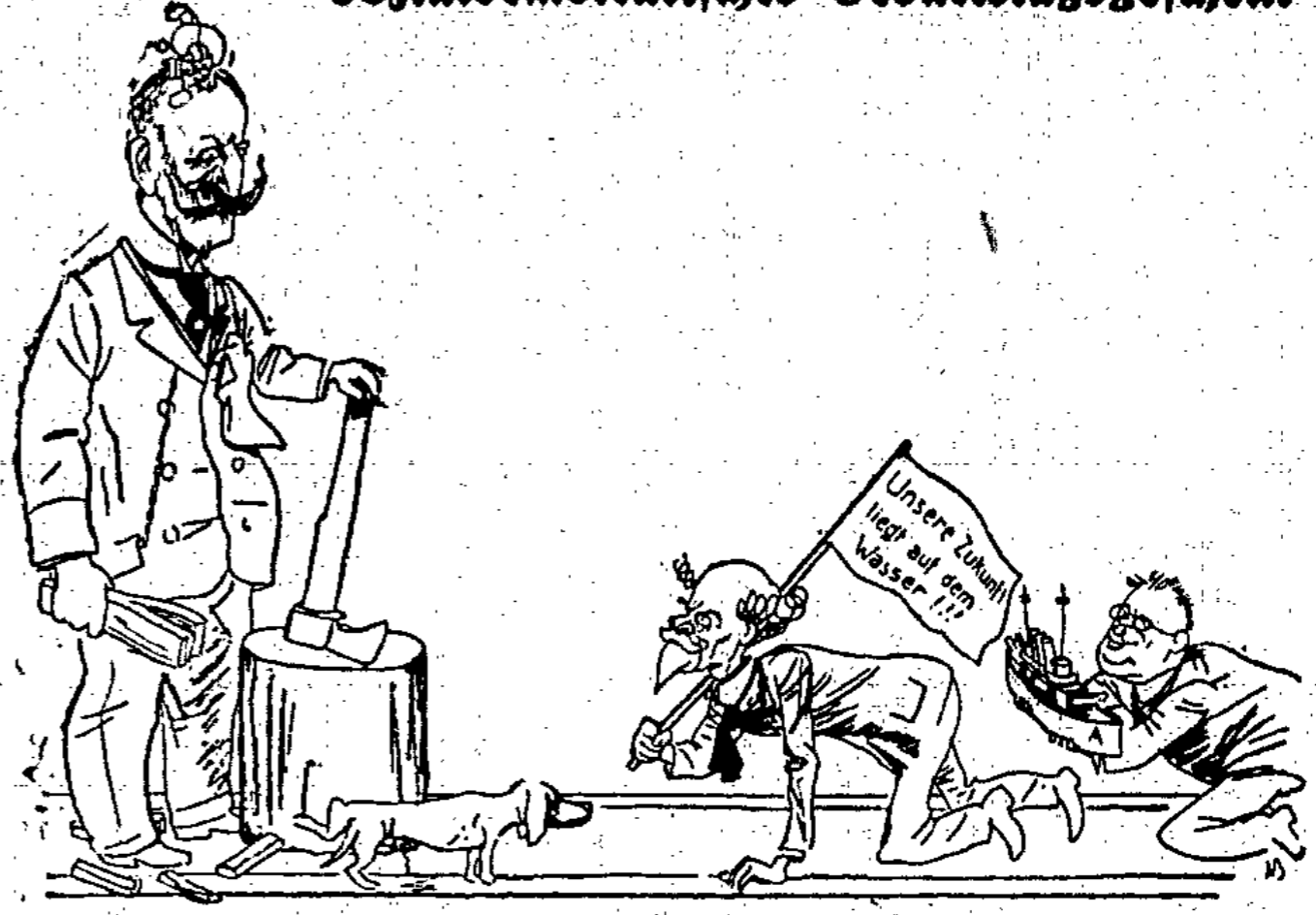
haltet euch Sonntag, am 27., in Warmbereitschaft!

Kein Klassenbewußter Arbeiter darf am Sonntag den Bezirk Westen verlassen. Parteigenossen und rote Frontkämpfer müssen sich in ihren Trefflokalen aufhalten, um gegebenenfalls, wenn der Stahlhelm sich in den Straßen zeigt, sofort zur Gegendemonstration anzutreten.

Die Wachsamkeit und der Kampfwille der Breslauer Arbeiterschaft wird und muß dafür sorgen, daß am 70. Geburtstag des großen Defektors der Faschistenkreuzjünglinge es nicht wagen dürfen, in Breslau aufzumarschieren.

Nieder mit dem Faschismus! Nieder mit seinen Wegbereitern und dem Träg der Hohenzollern-Krone!

Sozialdemokratisches Geburtstagsgesicht auf Raten!



So sieht der Reichsetat aus

Zweieundeinehalbe Million für Ausstattung des Reichstages
Riesensummen für Kriegsrüstungen

(Vgl. Bericht.) Berlin, 25. Januar.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht Einzelheiten aus dem Reichsetat für 1929, der in einigen Tagen den Abgeordneten zugestellt wird.

Der Haushalt des Reichstages umfaßt 8574750 Mark und die Vorarbeiten zum Erweiterungsbau des Reichstages sind 450000 Mark eingestuft worden. Der Neubau soll einschließlich der Innenausstattung 2420000 Mark kosten. Die noch immer bestehende Vertretung der Reichsregierung in München erfordert fast 60000 Mark.

Im Haushalt des Auswärtigen Amtes ist wieder, wie im Vorjahre, unter dem Titel „Geheime Ausgaben“ eine Summe von sechs Millionen Mark enthalten, die nichts weiter als einen Spitzfonds darstellt.

Im Haushalt des Ministeriums des Innern ist für die Durchführung des Schund- und Schmutzgesetzes und für die Aufrechterhaltung der drei Prüfstellen in Berlin, München und Leipzig eine Summe von 112400 Mark gegenüber 103920 Mark im Vorjahre enthalten.

Der Etat der Reichsmehr und der Reichsmarine sieht einen Gesamtbedarf von 703578290 Mark vor und bleibt damit gegenüber dem Vorjahre um 22 Millionen Mark zurück. Im Etat ist die Errichtung von fünf neuen Kasernen vorgesehen und die einmaligen Ausgaben der Marine werden vorwiegend zu Schiffsbauten verwendet. Für den Panzerkreuzer A ist im Etat die zweite Rate von 98 Millionen Mark angefordert worden. Der Reichswehretat ist keineswegs in diesem Jahre niedriger als im vorigen, denn im Haushalt des Reichsvertehrministeriums werden für Zwecke der Luftfahrt 43456500 Mark angefordert, die ebenfalls verschleierte Kriegsrüstungen darstellen.

Diese wenigen Zahlen, die aus den ersten Veröffentlichungen des „Berliner Tageblattes“ entnommen sind, charakterisieren, daß dieser Etat das Gesicht der herrschenden Klasse trägt. Diesen Etat hätte ebenso gut die Bürgerblockregierung vorlegen können. Die neuen Steuern, die der sozialdemokratische Finanzminister Hilsberg den werktätigen Massen zur Durchführung der imperialistischen Politik aufzwingt, müssen von den breiten Massen mit einem Proteststurm beantwortet werden.

Schiedspruch für die schles. Steinarbeiter

Striegau, 25. Januar.

Das Tarifamt hat für die schlesische Steinarbeiter folgenden Spruch gefällt:

Zu Sachgen des Schlesischen Steinarbeiterverbandes E. V., Gruppe Granit gegen den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands Bau II Schläfen wurde vorliegender Schiedspruch gefällt:

Die bisher gültigen Tarife bleiben über den 31. 1. 29 in Kraft.

Die Kündigung der Arbeiter erfolgt am 1. Mai 1929 zum 31. Mai 1929, kündbar.

Die Kündigungsfrist ist wenigstens vier Wochen vor der Kündigung dem Vertragsgegner mitzuteilen.

Erklärungsfrist: 25. Januar 1929.

Der Inhalt des Schiedspruches kann die Steinarbeiter keinesfalls befriedigen, da er keinerlei Lohn- und Gehaltssteigerung bringt. Auch der Passus, der die Anzeigung der Kündigungsfrist einem Monat im voraus fordert, ist für die Arbeiter ein großer Nachteil, da die Unternehmer dadurch zwei Monate Zeit haben, um sich auf den Kampf vorzubereiten. Berücksichtigt man aber die gegenwärtige Lage in den Steinarbeiter (Stoff, Lohn, Hunger, Arbeitslosigkeit, Betriebsstilllegungen),

so ist unabweisbar, daß die Situation im Frühjahr für die Steinarbeiter bedeutend günstiger sein wird, da für das Frühjahr bestimmt eine Hochkonjunktur zu erwarten ist. Deshalb kann der Spruch angenommen werden, aber nicht etwa mit der Absicht, auch über den Mai hinaus auf Lohn- und Gehaltssteigerung zu verzichten, sondern mit dem festen Entschluß,

sofort alle Vorbereitungen zu treffen, um im Frühjahr einen energischen Kampf um ausreichende Lohn- und Gehaltssteigerung zu führen.

Es ist anzunehmen, daß die Unternehmer den Spruch ablehnen und den staatlichen Schlichter anrufen werden. In diesem Falle müssen die Steinarbeiter trotz der relativ ungünstigen Lage die Verhandlungsführer auffordern, sich an den Schlichtungsverhandlungen nicht zu beteiligen. Die Steinarbeiter selbst müssen ohne Rücksicht auf die Maßnahmen des Schlichters sofort den Kampf vorbereiten, indem sie die zehnprozentige Lohn- und Gehaltssteigerung als Mindestforderung erklären, überall in den Steinarbeiter Streikkomitees aus den energischsten Kollegen wählen und diese Komitees beauftragen, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Opfer der imperialistischen Aufrüstung

London, 25. Januar.

Auf dem Truppenübungsplatz bei Beshamar wurden durch eine Fliegerbombe zwei indische Offiziere und 12 Mann getötet und ein Offizier und 14 Mann so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Der Truppenübungsplatz steht im allgemeinen den Luftstreitkräften zur Verfügung, doch wurden zeitweise auch andere Truppenübungen der Kavallerie und Infanterieabteilungen in Verbindung mit Tanks abgehalten. Obwohl der Platzoffizier dem Flugzeug das Signal gab „Weg! keine Bomben ab!“ hat das Flugzeug aus 1400 Meter Höhe infolge der schlechten Sichtbarkeit das Signal mißverstanden, so daß die Bombe in eine Kavallerieabteilung fiel.

Die Textilarbeiterstreikfront steht fest

Oreiz, 25. Januar. (Vgl. Drahtb.) Eine Aenderung in der Streiklage ist seit Dienstag nicht eingetreten, doch werden am Mittwoch mit Arbeitsfluß auch in Oreiz, dem Sitz des Verbandes, sämtliche Verbandsbetriebe stillgelegt, so daß dann in Gera, Merane, Glauchau und Oreiz die gesamte Arbeiterschaft ausgesperrt ist. Da der Verband im ganzen 161 Betriebe umfaßt und vom Streik nur 74 in Gera, Merane, Glauchau und Oreiz sowie in Elberberg und Reichenbach im Vogtlande betroffen sind, so steht am Mittwoch etwa die Hälfte der im Verbandsgebiet beschäftigten ungefähr 250000 Arbeiter außerhalb der Betriebe.

In Zwidau sind sämtliche Affordarbeiter der Gardinen- und Spitzenfabrik Landmann und Helbig in den Streik getreten. Der Kampf wurde dadurch ausgelöst, daß die Stülchlohnarbeiter durch den verbindlich erklärten Schiedspruch nicht einen Pfennig Lohn- und Gehaltssteigerung erhalten haben. Die Arbeiter sind fest entschlossen, das Hungerlohn nicht zu brechen. In der Spitzenfabrik Guldner in Zwidau sind die Affordarbeiter gleichfalls in den Streik getreten.

Aus der Partei

In der Sitzung der Bezirksbeschwerdekommission am 19. d. M. sind die bisherigen Mitglieder der kommunistischen Partei Birrwar, Hoppe, Wilde, Rinne, Martin und Thiel wegen wiederholter Disziplinbrüche und Statutenverletzung aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen worden.

Bei Thiel und Martin mußte der Ausschluß insbesondere deshalb erfolgen,

weil sie es ablehnten, über Verwendung von Parteigeldern der Bezirksbeschwerdekommission Rechenschaft abzulegen.

Hoppes Ausschluß erfolgte wegen wiederholter Taktlosigkeiten gegen andere Parteigenossen. Die Bezirksleitung Schlessen der KPD.

Wie die Bezirksleitung Pommern mitteilt, haben die bekannten Genossen Alfred und Walter Müller sich nach eingehender Diskussion unterwürdig und rückhaltlos für den Offenen Brief des KAPD, entschieden. Beide arbeiteten bisher aufs engste mit den Brandlerianern zusammen.

Aus aller Welt

Wunderkuren durchs Telefon

Vor dem Schöffengericht Charlottenburg wurde wegen Betruges gegen einen Heilmagnetiseur verhandelt, der ein 5-jähriges diphtheriekrankes Kind behandelt hatte, indem er auf den telefonischen Anruf der Mutter hin, die ihm von der Erkrankung Mitteilung machte, ins Telefon rief: „Die Krankheit soll verschwinden!“ Nach der Aussage der Mutter soll das Kind zweimal nach einer solchen telefonischen Wunderkur sich auch rasch erholt haben. Dann aber bekam es plötzlich krampfartige Zustände und starb, ehe der hinzugezogene Arzt eintreffen konnte. Der Arzt hatte von den Vorgängen gehört und Anzeige wegen Betruges erstattet. Zu der Gerichtsverhandlung, zu der zahlreiche medizinische Sachverständige geladen waren, erschien auch ein Heilmagnetiseur als Sachverständiger, der energisch auf der Ansicht beharrte, daß der persönliche Einfluß des Heilmagnetiseurs sich auch durch das Telefon übertragen lasse. Das Gericht lehnte es ab, zu der medizinischen Streitfrage Stellung zu nehmen und sprach den Angeklagten, der sich, wie festgestellt wurde, eines großen Aufwandes erriet, mit der Begründung frei, daß ihm eine Betrugsabsicht nicht nachzuweisen sei.

Die Brandlatschprophie in Konstantinopel. Der Brand im Stadtviertel Linnola wurde durch den außergewöhnlich starken Wind und

durch den Mangel an Wasser begünstigt. Die Behörden und der rote Halbmond haben Maßnahmen zur Unterstützung der Heimgesuchten getroffen. Die Verluste der Versicherungsgesellschaften werden bisher auf etwa 100000 Pfund geschätzt. Der Gesamtschaden sowie die Zahl der verbrannten Häuser steht noch nicht fest.

Wieder 995 Grippe-Todesfälle in Amerika. Das Statistische Amt berichtet: Die Zahl der Todesfälle infolge der Grippe betrug in 69 Städten in der am 19. Januar zu Ende gegangenen Woche 995 gegen 1818 in der Vorwoche.

Stapellauf eines amerikanischen Kreuzers. Am Delaware-Fluss fand der Stapellauf des neuen 10000-Tonnen-Kreuzers „Salt Lake City“ statt. — Das nennt man „Abrüstung“.

Gesellschaft aufgehängt. In Annaberg (Kr. Torgau) drangen Einbrecher in die Wohnung des Brunnenbauers Giesdorf ein; sie überwältigten die dort anwesende Schwieger-tochter, fesselten sie und hängten sie in der Küche auf. Darauf plünderten sie die Wäschekorb und raubten etwa 470 Mark bares Geld. Glücklicherweise kam Giesdorf selbst rechtzeitig in die Küche, um die Schwieger-tochter loszuschneiden. Diese wurde in befinnungslosem Zustande in das Krankenhaus geschafft.

Der Hindenburger geheime Gasvertrags-Scandal vor dem Landtag

Anfrage der Genossen Jendrosch, Schwent, Lunel und der übrigen Mitglieder der Fraktion der Kommunistischen Partei: Am 2. April 1928 wurde zwischen dem Verbands-Gaswerk Hindenburg-Beuthen O.S. G. m. b. H. und der Gemeinschaft Breunhag und Kolkwerke ein Gaslieferungsvertrag abgeschlossen. Soweit die Stadt Hindenburg an diesem Vertrage beteiligt ist, haben denselben der Oberbürgermeister Dr. Lufschel und der zweite Bürgermeister Franz unterfertigt, ohne vorher die städtischen Körperschaften — Magistrat und Stadtratsversammlung — zu verständigen. Auch bis zum heutigen Tage wird dieser Geheimvertrag den städtischen Körperschaften vorenthalten.

Der Inhalt des Vertrages in seinen einzelnen Paragraphen liegt

aber keinesfalls im Interesse der Stadt Hindenburg, er bedeutet vielmehr die Auslieferung kommunaler Betriebe an die Privatindustrie und die Preisgabe der kommunalen Selbstverwaltung neben einer schweren finanziellen Schädigung der Stadt.

- Wir fragen daher:**
1. Billigt das Staatsministerium die eigenmächtige Handlung der beiden Bürgermeister?
 2. Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um das Selbstverwaltungsrecht der Stadt Hindenburg zu schützen und die Stadt vor finanziellen Schaden zu bewahren?
 3. Welche Schritte gedenkt es zu tun, um in Zukunft solche eigenmächtigen Handlungen von Kommunalleitern zu unterbinden?

Riesentorruption in der Preussischen Porzellanmanufaktur

Staatsgelder für Saufgelage — SPD.-Heilmann deckt korrupten Oberregierungsrat

Mit wenigen nichtsagenden Worten wollten im Hauptauschuß des Preussischen Landtages sämtliche bürgerlichen Abgeordneten, einschließlich der Sozialdemokraten, über den Korruptionsstand in der Preussischen Porzellanmanufaktur und den plötzlichen Rücktritt des Direktors Mousfang hinweggehen. Erst auf die dringende Forderung kommunistischer Abgeordneter hin sah sich der Demokrat Dr. Schreiber genötigt, ein Klein wenig den Schleier über dem Korruptionsjumpf zu lüften. Auf Grund des Revisionsberichtes ergibt sich, daß der Direktor Mousfang von der Staatlichen Porzellanmanufaktur aus den Staatsgeldern Hunderttausende von Mark in seine eigene Tasche verschwinden ließ. Der Staat mußte sein Privatauto, die Betriebskosten und Reparaturen, und dann noch extra 7000 Mark als „Abreibung“ für das vom Staat gelaufte Auto aus der Kasse der Porzellanmanufaktur bezahlen. Diese hat ihm auch glatt 100 000 Mark für die Beschaffung der Rohmasse, die überhaupt nicht geliefert wurde, ausgehändigt. Für die Herausgabe eines Privatbuches des staatlichen Direktors, gemindert seiner „lieben Frau“, hat die staatliche Porzellanmanufaktur 4 000 Mark, die als „Betriebsmittel“ verbucht wurden, ausgegeben.

Bei der Revision wurde festgestellt, daß von einer stillen Reserve 35 000 Mark fehlten; für 24 000 Mark wurden dann allerdings noch Waren aufgebüßert, während ungeklärt blieb, was mit den restlichen 12 000 Mark geschah. Damit der Bruder jenes sauberen Direktors Mousfang „standesgemäß“ heiraten konnte, erhielt er eine glänzend bezahlte Anstellung als Privatsekretär; in dieser Funktion unternahm er auf Staatskosten zahlreiche „Reisen“.

In dem Hauptauschuß des Landtages wurde versucht, diesen Riesentorruption möglichst zu vertuschen. Darum bemühte sich ganz besonders der sozialdemokratische Abgeordnete Ernst Heilmann (Barmat-Heilmann), der die Entlassung Mousfangs „bedauerte“. Welche dunklen Zusammenhänge bestehen wohl, die das Eintreten für den betrügerischen Direktor der Staatlichen Porzellanmanufaktur erklären? Gerade in diesem Zusammenhang gewinnt die Tatsache besondere Bedeutung, daß der Direktor Mousfang mit den ihm zur Verfügung stehenden reichlichen Staatsgeldern Festgelage gegeben hat, woran nicht nur die Verwandtschaft Mousfangs, sondern auch eine Reihe von Abgeordneten teilgenommen hat. War Herr Heilmann, der bekanntlich bei Barmat häufig zu Gast war, vielleicht auch bei Direktor Mousfang zu Gast?

Dann ist es allerdings erklärlich, warum nicht die geringste Klage gegen den Direktor Mousfang und seine „Geschäftsführung“ gestellt, sein Abgang vielmehr von den kompetenten Leuten „bedauert“ wird.

Hungerstreik Kaloski unterbrochen

Der Hungerstreik von Kaloski und acht anderen Genossen (darunter dem schwerkranken Genossen Deri und Weinberger) wurde plötzlich unterbrochen.

Wir erfahren dazu folgende Einzelheiten:

Mit Kaloski und Genossen zum Protest gegen das grausame Regime im Bagger Zuchthaus in den Hungerstreik getreten sind, ver-

hängte der Zuchthausdirektor im Einvernehmen mit dem Justizminister über Kaloski und Genossen folgende schwere Disziplinarstrafen: Absonderung sämtlicher Teilnehmer am Hungerstreik in kalten und dunklen Einzelzellen, Entzug eines Drittels der Lebensmittelration und der warmen Unterwäsche. Dabei ist es im Bagger Zuchthaus sogar in den „geheizten“ Zellen so kalt, daß in ihnen das Wasser in den Behältern zufriert.

Die Angehörigen der am Hungerstreik teilnehmenden Genossen wandten sich an den Staatssekretär des Justizministeriums, der ihnen die Versprechung gab, die Disziplinarstrafen aufzuheben, falls Kaloski und Genossen den Hungerstreik abbrechen.

Auf das Drängen der Angehörigen beschloß daraufhin die Strafkammer, den Streik vorläufig zu unterbrechen, sie erklärten jedoch, den Hungerstreik sofort wieder aufzunehmen, falls die Versprechungen nicht restlos eingehalten werden.

Die Gefahr für das Leben Kaloski und Genossen ist damit nicht gebannt. Es bleibt abzuwarten, ob das Versprechen des Justizministers nicht ein bloßes Mandwerk darstellt, um die Arbeiteröffentlichkeit der Welt und breite Kreise Intellektueller, die in zahlreichen Protesttelegrammen ihrer Entrüstung über die Behandlung von Kaloski und Genossen Ausdruck gaben, zu beschwichtigen.

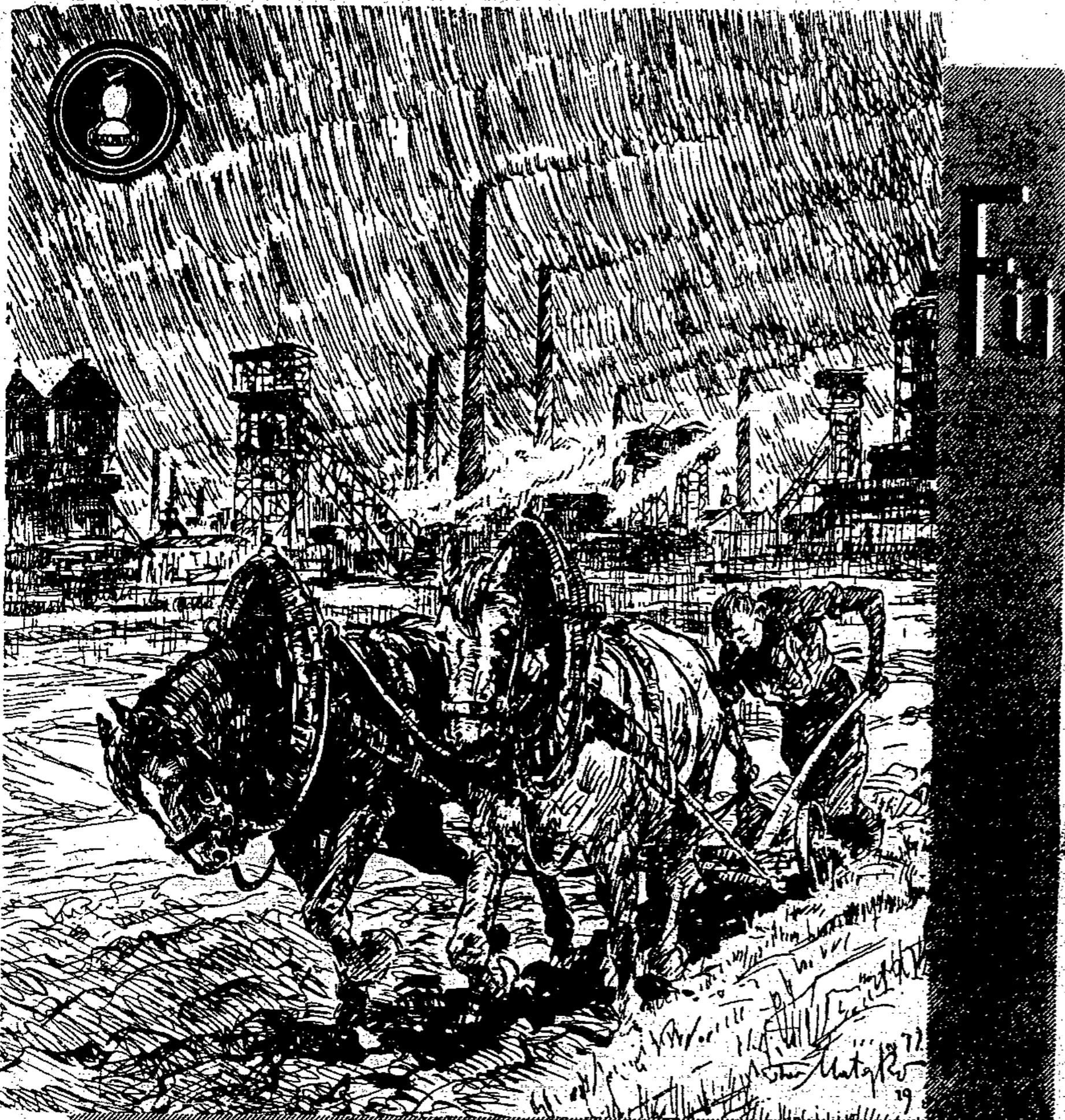
Schülerelbstmord in Köln

Ein Unterprimarier des Realgymnasiums in Köln-Deutz wurde im Chemielabor der Schule tot aufgefunden. Er hatte sich mit einer Mischung aus Phosphor und Schwefelsäure vergiftet, die er sich durch Einschlagen der Glascheibe des verschlossenen Giftschrankes verschafft hatte. Um in das verschlossene Chemielabor zu gelangen, war er aus einem Kurbelfenster des dritten Stockwerkes an einer Dachrinne entlang bis zum Fenster des Chemielabors geklettert, hatte eine Fenstercheibe des Chemielabors eingeschlagen und war von außen eingeklettert. Die Gründe der Tat sind zurzeit noch unbekannt, sie dürften aber außerhalb der Schule liegen. Der junge Mensch, einer der begabtesten Schüler der Klasse, war Waise und unterhielt sich durch Stundengeben.

Panik in einer Stadt Perus. — In London, 21. Januar. Die Stadt Cerro de Pasco in Peru ist durch das Erscheinen größerer Wunden in den Hauptstraßen in eine Panik versetzt worden. Pasco, obwohl in der Nähe des Äquators gelegen, ist durch sein kaltes Klima bekannt, da die Stadt zwischen den peruanischen Anden etwa 4500 Meter hoch liegt.

Große Schneeverwehungen in Turkestan. Wie aus Moskau gemeldet wird, sind nach den letzten Schneefällen in Turkestan die Eisenbahnlinien demachen verschnelt, daß sich die Züge nur langsam fortbewegen können. Auf der nach Semirjetschenf führenden Zweigstrecke gerieten zwei Züge in ein Schneetreiben, wobei sie in den großen Schneemassen steckenblieben. Bis jetzt konnten die Züge nicht befreit werden.

Große Feuersbrunst in Schottland. Eine Feuersbrunst vernichtete in unmittelbarer Nähe des Dorfes Northandalup ein großes Holzlager und verwüstete mehrere 1000 Morgen Weideland. Das Dorf wurde von dem Feuer arg bedroht. Der Schaden wird auf 50 000 Pfund Sterling geschätzt.



Für Schlesien

sind Merkmale seines Wirtschaftslebens der Bergbau und die Landwirtschaft. Unter Tage bricht der Bergmann aus Felsgestein die Kohle, unsrer Heimat schwarzes Gold. • In mühsamem Fleiße bestellt der Landmann seinen Acker und schafft das Brot für uns alle. Arbeit führt zum Erfolg - Tatkraft und Fleiß, jahrzehntelange Tabak-Forschung schulen unter Anwendung modernster Technik im Herzen der Heimat

RARITÄT⁴₈

DIE CIGARETTE DES SCHLESISERS
o. Mds. m. Gold m. Kork

HALPAUS-CIGARETTEN-FABRIK G. M. B. H.

Opposition im Baugewerksbund Gottesberg wiedergewählt

(Von unserem gewerkschaftlichen Mitarbeiter.)

Als wichtiger Punkt der Tagesordnung galt die Neuwahl der Ortsleitung. Kollege Grammel (Kommunist) leitete schon drei Jahre die Ortsverwaltung als Vorsitzender. Das schlen besonders einem Sozialdemokraten nicht in den Ström zu passen. Er beantragte eine geheime Abstimmung, wahrscheinlich mit der Absicht, sich selbst in den Vorschlag zu bringen. Doch die Kollegen laßen ihn nicht den Vorschlag und stimmten geschlossen für den Antrag, per Abstimmung abstimmen zu lassen, so daß dieser Antragsteller allein auf weiter Flur stand. Einstimmig wurde dann Kollege Grammel als erster Vorsitzender wiedergewählt. Dies beweist und aus neue, daß gerade die Kommunisten das Vertrauen ihrer Kollegen im Betriebe und in den Gewerkschaften genießen. Wiedergewählt wurden auch die Kollegen Berner als Kassierer und Schindler als erster Schriftführer, und zwar für den Kollegen Langer, welcher es ablehnte, das Amt anzunehmen. Als Delegierte zu der Generalversammlung nach Waldenburg wurden vier Kollegen gewählt, zwei davon sind Kommunisten. Nach der Wahl hielt der Geschäftsführer Parzill einen Vortrag über die Erwerbslosenfrage und seine Sonderbestimmungen. Er vertrat dabei den sonderbaren Standpunkt, daß die Versicherung auf eigenen Füßen stehen müsse, also ohne Reichszuschüsse. Kollege Jochmann wies in der Diskussion darauf hin, daß auch hier das Reich verpflichtet werden muß, erheblich mehr Zuschüsse zu leisten, wo doch das Reich Millionen zu allerlei unnützem Pred verpulvert (Kampfpfort, Panzerkreuzer, Fürstengedenke, Offizierspensionen, Pfaffenmilitärschaft). Es wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in welcher die Bauarbeiter den stärksten Protest gegen die wesentlichen Verschlechterungen in den Unterstützungsmaßnahmen sowie der Unterstützungsdauer erheben. Sie fordern volle Unterstützung bis zum Ende der Erwerbslosigkeit. Die Entschließung ist an den Verwaltungsausschuß der Reichsarbeitsgerichte. Nach einer reichlichen Diskussion wurde dann die Versammlung geschlossen.

Generalversammlung der Streblener Steinarbeiter

Die Generalversammlung der Streblener Steinarbeiter hatte folgenden Verlauf: Kollege Häußer sprach über die Lage in der Steinindustrie. Er gab bekannt, daß die Unternehmer den Tarif geländigt haben und einen dreiprozentigen Lohnabbau fordern. Ebenso haben sie Betriebszweckungen beantragt, diese kommen aber für Streblener nicht in Betracht. Die Vertreter der Gewerkschaft, oder besser der Vorstand, sind unter sich einig geworden, daß sie mit Rücksicht auf die schlechte Konjunktur (?) für die schlechten Positionen, wie Hiltzberger (diese haben den horrenden Stundenlohn von 52 bis 66 Pfennig) eine zehnprozentige Lohnzulage fordern. Dieser Vorschlag des Vorstandes wurde der Versammlung unterbreitet und vom Kollegen Häußer lebhaft unterstützt, fand aber nicht das nötige Verständnis. Ein Vorschlag des Kollegen Hanke, mindestens 15 Prozent zu fordern, wurde adjektivierend übergegangen. Um eine Mehrheit für den ersten Vorschlag zustande zu bringen, wurden die Kollegen mehrere Male aufgefordert, für diesen zu stimmen. Er wurde schließlich mit schwacher Mehrheit angenommen. Bei der Wahl wurde es etwas lebhafter. Zu wählen waren acht Bezirksvertreter und ihre Ersatzleute. Diese wurden durch Jurok genannt und über jeden einzelnen abgestimmt. War in manchen Fällen das Ergebnis zweifelhaft, so wurde noch einmal gewählt, bis das Ergebnis dank den Juroken des Versammlungsleiters, Kollegen Feige, anders ausfiel. Das Resultat ist: fünf Delegierte stellt die SPD, und drei die Opposition. Ihre Namen sind: Andreazza, Hanke, Regner. Fast ebenbürtig wurde bei der Wahl der Kartelldelegierten verfahren. Unter „Verschiedenes“ verlangten die Kollegen Bericht über die „Studienreise der Kollegen Schneider und Feige nach Sachfen. Diese wurde ohne Wissen der Belegschaft ausgeführt. Man gab wohl einen Bericht, aber er beschränkte sich auf Mittelungen, wie die Steine befördert werden, wie lang und breit sie sind, und wie sie sich zur Verarbeitung „eignen“. Der eigentliche Kern der Reise bleibt in Dunkel gehüllt, aber man zahlte für diesen Bericht über 400 Mark. Wir kommen auf diese Angelegenheit noch zurück.

Ein „netter“ Betriebsrat in Griegau

Ein „netter“ Betriebsrat ist der Betriebsrat der Firma Weig (früher Kohrbruch). Wegen Kurzarbeit bei der obigen Firma mußte ein Tag in der Woche ausgefällt werden. Deshalb wurde am 10. Januar ein Badenrecht gemacht, um diesen Tag festzusetzen. Der Betriebsrat (SPD) stellte sich auf den Standpunkt, daß der Freitag ausfallen sollte, und sprach, wenn der Freitag nicht ausfallen würde, so drohen die Kollegen, daß die Regenstunden nicht nachgeholt werden. Als es zur Abstimmung kam, stellte es sich heraus, daß nur zwei Mann dafür waren, und als auszuwendender Tag wurde der Montag bestimmt. Am ereignete sich folgendes: Am Mittwoch, dem 16. Januar, war das Wetter so ungünstig zum arbeiten, daß der Betrieb abgebrochen wurde und ein Teil der Belegschaft nach Hause ging. Ein Teil der Belegschaft, mit dem Betriebsrat (SPD), verließ im Betrieb und hielt ein Badenrecht ab, dort brachte es sich mit seinen Schällein fertig, das, was acht Tage vorher von seinen Schällein beschlossen wurde, um zu sitzen und zugunsten der Kollegen zu beschließen. So einem Betriebsrat können wir die Befähigung als Betriebsrat nicht anerkennen. Deshalb: hinweg mit ihm! Kollegen, wählt euch vertrauensvolle Männer, die eure Interessen voll und ganz vertreten!

Generalversammlung des DMB. Oppeln

Mit vier Tagesordnungspunkten, Geschäftsbericht, Vortrag über das Arbeitslosenversicherungsgesetz, Wahl der Ortsverwaltung und Verschiedenes, fand am Sonntag die Generalversammlung des DMB. statt. Der Besuch war kaum 50 Prozent. Aus dem Geschäfts- und Kostenbericht war, trotz der vielen Neuauflagen, ein Rückgang der Organisation zu erkennen. Das ist natürlich, wenn man bedenkt, daß der DMB am Ort ziemlich tot ist und auf Wunsch einiger, am grünen Tisch stehender oppositionelle Kollegen, die die Organisation behielten, ausbleibt. Das Mitglied der Bezirksleitung, Sofse, brachte anschließend an den Geschäftsbericht seinen Vortrag vom Stapel. In bekannter Form gab er dem Schand-Erwerbslosen-gesetz den Antritt einer großen Ermüdung. Der Kollege Prudlik sagte ihm aber in der Diskussion aus der Praxis dieses Gesetzes, wie sich dieses in ganz klarer Form nur gegen die Erwerbslosen auswirkt und noch immer schlechter wird.

In die Ortsverwaltung wurden folgende Kollegen gewählt: Als erster Vorsitzender Minias (SPD), Kassierer: Hansich (SPD), als Schriftführer: Müg (PL), Resiporen: J. Kojab (Dpl.) und Salzbrunn (PL) und als Betriebsratsmitglied J. Bleshta (Dpl.). Unter dem Punkt „Verschiedenes“ schüttelte die Kollegen eine heisse Sache an, indem sie sich erkundigten, wie hoch die Diäten der bezahlten Kollegen sind. Eine Antwort bekamen die Kollegen nicht, aber es wurde ihnen angedeutet, sich an den Verbandstag zu richten und evtl. Reduzierung zu verlangen. Damit ist, wie es die Vergangenheit schon genug bewies, die Verantwortung dieser Frage gegeben.

Oberschlesische Zementarbeiter erörtern den Achtstundentag

Die von uns beschriebene Proklamation der Zementbarone darf nicht ohne Antwort bleiben. Der Fabrikarbeiterverband organisiert als erstes für Montag für alle Betriebe in Oppeln, Reudorf und Groszowitz nach der Arbeitszeit Versammlungen für die

verschiedenen Werke. Alle vier angelegten Versammlungen waren gut besucht.

Allerdings hatten die Gewerkschaftssekretäre, die als Referenten erschienen waren, sehr geschäftig zu den Zementarbeitern gesprochen. Einige unserer Genossen sprachen daher in den einzelnen Versammlungen zur Diskussion. Sie sagten den Zementarbeitern, daß das pflaumenweiche Vorgehen der Referenten gegen die freien Zementgewaltigen den Arbeitern gar nicht hilft, und forderten alle Arbeiter auf, teillos dem Fabrikarbeiterverband beizutreten und in diesem unter Führung der Opposition mit allen Mitteln gegen die Zementbarone, für den Achtstundentag und für bessere Löhne zu kämpfen. Bei den Versammlungen allein bleibt es jedoch nicht. Vom Fabrikarbeiterverband wurden in die Betriebe Listen gegeben, auf denen sich alle Arbeiter für den Achtstundentag unterzeichnen sollen.

10 Jahre Ausnahmegesetz gegen Landarbeiter

Von F. Moerke.

Am 24. Januar sind es zehn Jahre her, daß die sozialdemokratischen Minister die vorläufige Landarbeitsordnung schufen.

Als zur Revolution bestand für die Landarbeiter die alte preussische Gesindeordnung auf Grund des Gesetzes von 1854. Nach dem Gesetz waren die Junker die unumschränkten Gewalthaber über ihre Lohnsklaven. Der Junker hatte selbst das Juchigungsrecht für seine Dienstmoten, Gesinde, Knechte und Mägde. Die Landarbeiter durften sich nicht organisieren, nicht streiken, sich nicht einmal versammeln.

Als 1918 auch die Landproletarier sich erhoben, war eine ihrer ersten Forderungen „Beseitigung der Gesindeordnung“. Der Druck der Landarbeiter war so stark, daß der „Rat der Volksbeauftragten“ im Januar 1919 sämtliche in Deutschland bestehenden Gesindeordnungen aufhob. Somit fielen die stärksten Fesseln, die den Landarbeitern angelegt waren. Aber für die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wurden nicht etwa die Bestimmungen der Gewerbeordnung angewandt, sondern es wurde ein neues Ausnahmegesetz gegen sie geschaffen.

Der damals sich aus dem „Deutschen Landarbeiterverband“, dem „Zentralverband der Landarbeiter“ und dem „Landbund“ gebildete Reichs-Bauern- und Landarbeiter-Rat, der sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschloß, vereinbarte eine vorläufige Landarbeitsordnung, von Ebert, Scheidemann und Bauer unterzeichnet, die am 24. Januar 1920 das Licht der Welt erblickte und Gesetzeskraft erlangte.

Den Sozialdemokraten kam es seinerzeit darauf an, den Gutsbesitzern die nötigen willigen Arbeitskräfte zu erhalten, um dem Kapitalismus seinen Wiederaufstieg zu ermöglichen. Um aber die aus den Schützengräben zurückgekehrten Landproletarier zu beruhigen, mußten sie, genau wie die übrigen Arbeiter, durch papierne Bestimmungen getäuscht werden.

Wie steht nun dieses famose Nachwerk der Sozialdemokraten aus? Der § 2 fesselt die Landarbeiter für lange Zeit an den Gutsbetrieb. Es heißt da:

„In Betrieben der Land- und Forstwirtschaft, wo Tarifverträge nicht bestehen, sind Dienstverträge mit mehr als halbjähriger Dauer schriftlich abzuschließen.“

Hier werden also die Landarbeiter länger als ein halbes Jahr an den Gutsbetrieb gefesselt und in ihrer Freizügigkeit gehemmt. Der § 3 regelt die Arbeitszeit und in ihm wird für die Landarbeiter die elfstündige Arbeitszeit gesetzlich bestimmt.

„Die tägliche Höchstarbeitszeit beträgt in vier Monaten durchschnittlich acht, in vier Monaten durchschnittlich zehn und in weiteren vier Monaten durchschnittlich elf Stunden.“

Aber der Gutsbesitzer darf die Landarbeiter noch länger ausbeuten, denn es heißt da weiter: „Darüber hinaus geleistete Ueberstunden sind besonders zu vergüten.“

Damit die Landarbeiter ja nicht zu fett werden, ist ihnen im § 7 über die Beschaffenheit des zu liefernden Deputats ein Kegel vorgeschoben.

„Die als Teil des Lohnes vereinbarten Naturalien sind in Waren von mittlerer Beschaffenheit der Ernte zu liefern...“

Die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichtes

Wie zu erwarten war, hat das Reichsarbeitsgericht am 22. Januar entschieden, daß der vom Schlichter Jötten gefällte Schiedsspruch für die Hüttenindustrie rechtlich ungültig war.

Die Metallarbeiter der Korbweilischen Gruppe müssen ja schon längst zu den Bedingungen des noch viel schlechteren Severing-Spruches arbeiten, und daran hätte auch eine andere Entscheidung des Reichsarbeitsgerichtes nichts geändert. Klar ist der Arbeiterklasse gezeigt worden, daß es sich beim Kampf im Ruhrgebiet nicht um die Rechtsfrage handelte, sondern daß es darum ging, welche Partei die größere Macht in die Sackgasse werfen konnte, um den Erfolg zu erzielen. Dank der Hilfe der DMB-Führer haben die Unternehmer die Arbeiter um den Erfolg bringen können.

Die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichtes hat für die Arbeiterschaft nur insofern Bedeutung, als sie Anforderungen für die Schlichtungspraxis im Gefolge haben könnte.

Gegen die Rechtsgültigkeit des Jötten'schen Schiedsspruches wurden von den Unternehmern zwei Haupteinwände erhoben:

1. Bei der Spruch entgegen dem Wortlaut der Schlichtungsordnung nur vom Schlichter allein gefällt,

2. bedeutete der Schiedsspruch einen unzulässigen Eingriff in den gültigen Tarifvertrag, weil er den Alfordarbeitern eine Zulage von 2 Pfennigen zugesprochen hat, denn die Löhne der Alfordarbeiter seien durch den Tarifvertrag geregelt.

In der Urteilsbegründung erklärt das Reichsarbeitsgericht, daß es auf den ersten Einwand hin die Rechtsgültigkeit des Schiedsspruches nicht ausgesprochen habe. Es setze wohl im Gegensatz zur Schlichtungsordnung, wenn der Schlichter als Vorsitzender einer Schlichterkammer den Schiedsspruch allein fällt. Da in den Ausführungsbestimmungen zur Schlichtungsordnung diese Möglichkeit zugelassen sei, empfehle es sich, Schlichtungsordnung und Ausführungsbestimmungen in Einklang zu bringen. Wenn aber Jötten in dieser Situation den Schiedsspruch allein gefällt habe, so könne das nicht die Rechtswirksamkeit eines ordnungsgemäß verkündeten Schiedsspruches herbeiführen.

Mahgebend für das Gericht sei der zweite Einwand gewesen. Der Schiedsspruch Jötten's bedeute tatsächlich einen unzulässigen Eingriff in einen bestehenden Tarifvertrag.

Das Reichsarbeitsgericht hat einen Kaufschulparagrafen der schändlichen Schlichtungsordnung angezogen, um den Jötten-Schiedsspruch ungültig zu erklären. Nach dem Wortlaut der Schlichtungsordnung kann nämlich der Schlichter einen bestehenden Tarifvertrag abändern, wenn es die Interessen des Staates erfordern. Die Frage, wann dieser Fall vorliegt, kann natürlich immer strittig sein.

Dagegen werden die Werkstellungen wohl mit allen Schilanen einsehellen. Trotzdem darf der Fabrikarbeiterverband sich nicht nur auf diese Listen allein beschränken. Sofort müßte er daran gehen, den Kampf gegen die Zementunternehmer mit der Organisation der stärksten Kampftruppe der Arbeiter, dem Streik, weiter fortzuführen.

Zementarbeiter, bildet in den Betrieben Kampfkomitees, schlägt die Werkvereine, mobilisiert den letzten Mann für die Verbesserung eurer schlechten Lage.

Am Sonntag, dem 27. Januar, 9 Uhr, findet im Gasthaus „Zur Eisenbahn“, Stern-, Ecke Zimmerstraße, die Generalversammlung der Fabrikarbeiter des Fabrikarbeiterverbandes statt. Kollegen, wählt euch da eine oppositionelle Führung, nehmt dort klare Stellung zur Vorbereitung des Kampfes.

Wenn jetzt die Führer des DMB. schreiben, daß sie von jeder für die Parantelohnung der Landarbeiter eingetreten sind, so ist dieser Paragraph der beste Beweis für den Schwindel, mit dem die SPD. jetzt vor die Landarbeiter tritt.

Diese Landarbeitsordnung bindet die Landarbeiter an den Gutsbetrieb durch die Regelung des Wohn- und Wohnungswezens.

§ 8. „Wohnung, Landnutzung und andere Leistungen, die keinen Marktwert haben, sollen, wenn sie als Teil der Entlohnung vom Arbeitgeber zugesichert sind, mit ihrem Geldwert schriftlich festgesetzt werden.“

Hier wird also die Möglichkeit geschaffen, die Wohnung als Teil des Lohnes in Anrechnung zu bringen. Verliert der Landarbeiter seine Arbeitsstelle, so verliert er zugleich auch seine Wohnung und kann auf Grund dieses Gesetzes auf die Straße gesetzt werden.

Im § 10 wird dem Gutsbesitzer die Handhabe gegeben, sich durch Einbehaltung des Arbeitslohnes an den Landarbeitern schadlos zu halten. Der Gutsbesitzer kann aber auf Grund des § 14 auch die Frau des Landarbeiters zur Arbeit verpflichten.

„Arbeiterinnen, die ein größeres Hauswesen zu versorgen, insbesondere auch Gesellen, die nicht zur eigenen Familie gehören, zu beschäftigen haben, sind nur insoweit zur Arbeit verpflichtet, als dies ohne erhebliche Beeinträchtigung ihrer häuslichen Pflichten zulässig ist.“

Von diesem Recht machen die Junker reichlich Gebrauch. Die jurchbarste Waffe gegen die sozialdemokratischen Minister den Gutsbesitzern durch den Absatz 2 des § 17 in die Hand:

„Hat der Dienstverpflichtete die vorzeitige Beendigung des Vertrages verschuldet, so steht ihm die Benutzung der Wohnung n u r b i s z u z w e i W o c h e n gegen Vergütung zu.“

Wer die Lage der Landarbeiter kennt, weiß, wie die Gutsbesitzer ihre Lohnsklaven behandeln, der weiß, daß diese Ausbeutung in der geringsten Verschlung des Arbeiters eine „Verletzung des Dienstvertrages“ erbilden und die Landarbeiter mit ihren Familien innerhalb 14 Tagen auf die Straße setzen.

Sieht man diese „Ordnung“ in ihrer Gesamtheit, so bedeutet sie eine jurchbarste Waffe in den Händen der Großagrarier, die sie in mannigfaltiger Weise gegen die Landarbeiter anwenden.

Diese vorläufige Landarbeitsordnung sollte, wie schon der Name sagt, nicht für alle Zeiten in Kraft bleiben, sondern nur so lange, bis eine endgültige Landarbeitsordnung, durch Gesetz beschlossen wird.

Die Sozialdemokraten haben es bis heute nicht für notwendig erachtet, an diese für Millionen von Landarbeitern wichtige Frage heranzutreten.

Es ist Aufgabe der gesamten Landarbeiter, den Kampf um die Beseitigung dieses Ausnahmegesetzes aufzunehmen und zu fordern, daß die Gewerbeordnung, unter Schaffung von besonderen Schutzbestimmungen für das Landproletariat, auf sie Anwendung findet.

Die Parole der Landarbeiter muß sein:

Weg mit diesem Ausnahmegesetz!

Fort mit der Landarbeitsordnung!

Man sieht also, daß das Gericht seinen Vorwand an den Haaren herbeigezerrt hat, und zwar deshalb, um den Unternehmern recht geben zu können, ohne dem folgenschwersten Einwand stattgeben zu müssen. Hätte das Gericht den Schiedsspruch für ungültig erklärt, weil er vom Schlichter allein gefällt wurde, so wären dadurch zahllose Tarifverträge hinfällig geworden, die auf dieselbe Art zustande gekommen sind. Außerdem hätten jetzt auf diese Art keine Schiedssprüche mehr gefällt werden können, und der Schlichter hätte sich stets eine Mehrheit der Schlichterkammer für seinen Spruch suchen müssen. Ob das aber erwünscht ist, darüber ist sich das Unternehmertum noch nicht ganz einig.

Ein Teil der Unternehmer will, daß nur Mehrheitsentscheidungen einer Schlichterkammer als Schiedssprüche gelten dürfen. Diese Unternehmer wollen damit die Gewerkschaftsführer zwingen, daß sie die elenden Schiedssprüche noch eifriger als bisher vor den Arbeitern verteidigen müssen. Bisher konnten die Gewerkschaftsführer versuchen, die Verantwortung auf den Schlichter abzuwälzen. Das soll ihnen unmöglich gemacht werden. Die Unternehmer rechnen damit, daß die Gewerkschaftsführer entsprechend ihrer wirtschaftsfeindlichen Politik ihre Stimmen zu den schändlichsten Sprüchen geben werden, und daß unter der genannten Voraussetzung auch viel leichter freie Vereinbarungen zustande kämen.

Ein anderer Teil der Unternehmer meint aber, daß der Zwang zur Mehrheitsbildung eine zweifelhafte Waffe sei. Denn wenn es den Gewerkschaftsvertretern unter dem Druck der Arbeiter nicht möglich wäre, ihre Stimmen einem schändlichen Schiedsspruch zu geben, wäre es wohl leicht, mit den Unternehmern Stimmen einen Schiedsspruch zu fällen, doch würden bei einer solchen Praxis die Arbeiter viel eher über die Schiedssprüche hinweggehen. Außerdem befürchten diese Unternehmer, daß der Einfluß der Gewerkschaftsführer auf die Arbeiter rascher schwinden würde, wenn sie die Verantwortung für schändliche Schiedssprüche voll übernehmen müßten. Als Voraussetzung für eine Aenderung der bisherigen Praxis bezeichnen die Unternehmer das direkte Streikverbot.

Nun, die Begründung des Reichsarbeitsgerichtes wird zweifellos zu Aenderungen der Schlichtungsordnung oder der Ausführungsbestimmungen führen. Es muß aber der Arbeiterschaft klar sein, daß nur Aenderungen geplant sind, die die Schlichtungsordnung noch mehr verstärken, die ein direktes Streikverbot mit Androhung von Gefängnis- und Zuchthausstrafen bringen würden. Die Arbeiterschaft hat von Aenderungen der Schlichtungsordnung nichts zu erhoffen, sondern sie kämpft um Beseitigung der schändlichen Schlichtungsordnung, um die Wiederherstellung der Streikfreiheit. Im Kampf, dadurch, daß trotz verbindlich erklärter Schiedssprüche gestreikt wird, muß die Schlichtungsordnung weggefegt werden.

Riefenunterdrückung des hiesigen „Flamme“-Vertreters

Der hiesige Generalvertreter des Feuerbekämpfungsvereins „Flamme“, Friedrich Schreiber, Ohlauer Straße 59/61 wohnhaft, hat im Verlauf von vier Jahren 18.000 Mark Versicherungsbeträge unterschlagen und das Geld mit seiner Geliebten, der Freundin seiner Tochter, durchgebracht. Schreiber wurde verhaftet.

Straßenbahn fährt in einen Leichenwagen

Gestern vormittag, um 10 1/2 Uhr, fuhr ein vom Allerheiligens-Hospital kommender Leichenwagen, der einen Sarg mit der Leiche einer 23jährigen Frau mit sich führte, von der Neuen Weltgasse in die Goldene Adegasse hinein, als ein Zug der Straßenbahnlinie 6 den hinteren Teil des Leichenwagens ergriß. Durch die Gewalt des Zusammenstoßes wurde der Leichenwagen auf den Bürgersteig geschleudert, wobei das hintere Hinterrad abbrach. Der Leichenwagen sowie der mitfahrende Kirchenbenediktiner stürzten auf das Straßenpflaster; der Leichenwagen wurde durch den Zusammenstoß in einen Haufen Eisenbleche zerlegt, bis nach einer halben Stunde ein anderer Leichenwagen erschien und den Sarg nach dem Gräbner Friedhof beförderte. Eine große Menschenmenge, die sich am Ort angesammelt hatte, wurde von der später eintreffenden Polizei vertrieben.

Was die Ursache des Zusammenstoßes anbelangt, so liegt sie erstens darin, daß wieder einmal die Bremse versagte (zum viertelsten Male wohl schon) und zum anderen darin, daß infolge der dicht am Bürgersteig fahrenden Straßenbahn die Ueberlichter Fahrstreife sehr erschwert ist. Warum hat die Straßenbahnverwaltung unsere Anregung, die in der Straßenmitte liegenden und durch den Einbahnverkehr freigegebenen Gleise zu benützen, nicht beachtet? Reagiert sie prinzipiell nur auf den „Sprechsaal“ des „Generals“?

Falls wir auf unsere heutige Frage keine Antwort erhalten, müßten wir versuchen, an anderer Stelle etwas über die Gründe des merkwürdigen Verhaltens der Straßenbahnverwaltung zu erfahren.

Mordversuch an der Braut

Eine aufregende Jagd wurde gestern in der 20. Stunde auf einen jungen Mann gemacht, der auf der Promenade in der Schwelbener Straße seine Braut, mit der er eine Auseinandersetzung gehabt hatte, niederzuschlagen beabsichtigte. Es handelt sich um einen ferkungslosen Schlosser aus Brieg, der erst vor wenigen Tagen nach Verbüßung einer einjährigen Gefängnisstrafe wegen fahrlässiger Tötung aus dem Gefängnis entlassen war. Am General-Landschaftsgebäude in der Talsteinstraße wurde er eingeholt und von einem Polizeibeamten, der mehrere Schüsse schon hinter ihm abgegeben hatte, gefesselt. Auf diesen Beamten legte er den Revolver an, ohne zu treffen, da der Beamte die Waffe noch rechtzeitig entwenden konnte.

NSD-Feier der Roten Jungfront

Am Freitag, um 20 Uhr, findet in den „Hubertuskälen“, Friedrich-Wilhelm-Straße 32, als öffentlicher Kameradschaftsabend der Roten Jungfront, eine NSD-Feier statt. Das Programm des Abends enthält u. a. eine „Rote Revue“, ausgeführt von der Nightprop-Gruppe des NSD, Regitationen (Genosse Stahl) und eine Ansprache. Programme sind bei den Funktionären der NSD zum Preise von 15 Pf. zu haben.

Zeitungsleser im Stadteil Ost

Heute Freitag 20 Uhr findet im „Weskyloß“, Weskyloßstraße 10, eine öffentliche Versammlung statt, zu der jeder Leser eingeladen ist. Thema: „Zehn Jahre NSD und Arbeiterpresse“. Referent Genosse Gerber.

Stadteil Süd

Mitgliederversammlung fällt heute aus!

Festnahme eines jugendlichen Sittlichkeitsverbrechers. Am Donnerstag wurde der 16jährige Baderlehrling Josef U. festgenommen, der vor vier Wochen ein fünfjähriges Mädchen geschlechtlich mißbraucht hat. Der Täter ist geständig.

Einheitsfront der bürgerlichen und SPD-Presse in der Fece gegen die kommunistische Partei — Die Polizei für die Brandlerianer — Kommunistische Arbeiter sollen wegen „Landfriedensbruch“ an die Anklagebank

ad. Breslau, den 24. Januar. Wie nicht anders zu erwarten war, berichtet die gesamte bürgerliche Presse ebenso wie die „Volkswacht“ in verlogener Weise über die Vorgänge am Mittwoch anlässlich der Brandler-Versammlung. Wie wenig von Sachkenntnis getrübt und wie weit von Gewissenhaftigkeit entfernt diese Berichterstattung ist, das zeigt folgendes Zitat aus den „Neuesten Nachrichten“:

„Als am Mittwochabend in dem Restaurant „Zum Leffing“ auf der Adalbertstraße eine Versammlung der Rechtsopposition der kommunistischen Partei tagte, brangen plötzlich der Linksopposition angehörende Kommunisten in den Saal ein, um die Versammlung zu sprengen.“

Also die „Linksopposition“ hat die Rechtsopposition überfallen. Gegenüber dieser lächerlichen Behauptung wollen wir feststellen, daß die „Linksopposition“ in der Person der Frau Elvira vertreten war, die in der Diskussion von den Maslow, Ruff Fischer und anderen Ultrafaschisten energisch abridete.

Noch spärlicher ist das, was die „gut orientierte“ „Volkswacht“ zu melden weiß. Sie schreibt:

„Die Rede des ausgeschlossenen Abgeordneten Brandler erregte die Thälmannianer so sehr, daß auch der vielseitige Landtagsabgeordnete Wolleber keinen Frieden stiften konnte und diverse Tür- und Fenstersteine in Trümmer gingen.“

Sehr phantastisch und gut getarbt, Rebenblödsinn! Nur ist die Dichtung zu weit von der Wahrheit entfernt. Die Thälmannianer hatten, als Brandler sein Referat begann, den Saal schon längst verlassen, und auch die temperamentvollsten Gemüter konnten vor dem Versammlungsorte bei der herrschenden Temperatur nicht in das Stadium der Hitze gelangen, die der „Volkswacht“-Schreiber festgestellt hat. Wir empfehlen aber dem phantastischen Schornstein, die Zentralheizung in seiner Reaktionsstube abzdrehen, damit er künftig nicht die Temperatur seines Zimmers mit der im Versammlungsorte verwechselt. — Das ist der heitere Teil des Themas: Schmockberichte. Doch auch die ernste politische Seite fehlt nicht, wie nachstehende, von der Polizei inspirierte Meldung, welche durch die ganze bürgerliche Presse geht, beweist:

„Die Missetäter, deren Namen ermittelt sind, werden sich wegen Landfriedensbruch, Sprengung einer Versammlung und gemeinschaftlicher Körperverletzung zu verantworten haben.“

Also kommunistische Arbeiter, die, bestehend auf die in ihrem

Beste befindlichen Einheitsfronten sich gegen den Herausgeber durch den „Ordnungsblenk“ der Brandlerianer vor Wehr setzen, sollen wegen drei schwerer Delikte vor das Schwurgericht kommen.

Wir sind überzeugt, daß die Elite, mit der die Bourgeoisie ihren Staatsapparat in den Dienst zum Schutz der Brandler-Versammlung stellt, allen kommunistischen Arbeitern, insbesondere aber den Hausen-Anhängern, Anlaß zum Nachdenken sein dürfte.

Wir beneiden die Führer der Hausen-Gruppe nicht um diesen Schutz. Und wenn Hausen gestern in einem Telefongespräch an die Redaktion Bemerkungen machte, die auf die bestedte Drohung hinausliefen, daß ihre Gruppe „sich veranlaßt sehen würde“, die nötigen Gegenmaßnahmen zu ergreifen, falls die „Arbeiter-Zeitung“ ihre Schreiwiese nicht ändert, wobei er ausdrücklich auf die Meldungen der Bürgerpresse über die eingeleiteten Verfahren hinwies, so erklären wir hiermit: Wir lassen uns nicht einschüchtern und setzen einer Untersuchung der Angelegenheit vor den Augen der gesamten Arbeiterklasse mit Ruhe entgegen.

Gegenüber den Behauptungen der Brandlerianer, daß sie nicht den Mord veranlaßt hätten, die Polizei zu holen, rufen wir uns auf die Angaben eines Betriebsarbeiters, der in unmittelbarer Nähe des von uns genannten Brandleristen gestanden und jedes Wort ihres Gesprächs gehört hat. Was Erbes anbelangt, so ist sein schändliches Verhalten vor zwei Mitgliedern der Redaktion und vielen anderen Augenzeugen beobachtet worden. Es haben sich in der Redaktion weitere Zeugen gemeldet, aus deren Aussagen einwandfrei folgendes hervorgeht:

Wenn Hausen in seinem Telefongespräch uns vorwarf, wir wollten eine Pogromstimmung gegen führende Brandlerianer erzeugen, so stellen wir fest, daß Erbes Handlungen die Erregung bis zur Siedehitze steigerten und steigern mußte. Auf ihn fällt die Hauptverantwortung.

Mit Nachdruck betonen wir auch heute: Wir sind bemüht, die Erregung, die zwischen den Anhängern der Hausen-Gruppe und der überwiegenen Mehrheit der Parteigenossen ausgebrochen wurde, zu dämpfen, die Atmosphäre zu entspannen, damit die notwendigen Auseinandersetzungen auf der Basis erfolgen können: Politische Plattform, gegen politische Plattform, Beweis gegen Beweis, Argument gegen Argument.

Nur eine solche Kampfweise ist im ideologischen Kampf eines Kommunisten würdig. So haben wir gekämpft vor dem Ausschluß der rechten Fraktionsführer, so werden wir weiterkämpfen. Und so werden wir die kommunistischen Arbeiter in Breslau zurückgewinnen, die heute noch hinter Hausen stehen.

Volkshöhne. Alle Mitglieder erhalten in der Geschäftsstelle für die letzten, nur noch bis zum 29. d. M. vorgesehenen Aufführungen von „Revolte im Erzählungshaus“ und für die anschließenden drei letzten Aufführungen von „Dionysia“ am 30. und 31. Januar und 1. Februar Gastkarten zum Einheitspreis von 1,85 Mark.

FD. 8. Männerabteilung. Sonnabend, nach dem Turnen, Handballversammlung der ersten und zweiten Mannschaft zwecks Aufstellung für die Serie, bei Schiel, Hubenstraße 76.

Freie Sportvereingung 1897 (Mitt. 98). Sonnabend, 20 Uhr, Restauration Ruffsch, Am Waldchen 24, Mitgliederversammlung.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen
Breslau
— Stadteil Nordost. Freitag 20 Uhr bei Metzka, Uferstraße 43, Generalmitgliederversammlung. Funktionäre 19.30 Uhr.
— Stadteil Süd. Mitgliederversammlung fällt heute aus.
Freiburg. Sonnabend 19.30 Uhr im „Grünen Baum“ wichtige Mitgliederversammlung. Referent anwesend.
Brieg. Sonnabend 20 Uhr Parteiversammlung im „Weinberg“. Vertreter von Breslau anwesend! Erscheinen aller Genossen ist Pflicht!
Sonntag 9 Uhr treffen sich alle Partei-Jugendgenossen und NSD-Kameraden bei Riefer, Polnische Straße, zur Werbung für die „Arbeiter-Zeitung“.
Schweidnitz. Freitag 20 Uhr bei Gabel Funktionärsitzung sämtlicher proletarischen Organisationen. Erscheinen ist Pflicht.
Jung-Spartakus-Bund
Breslau
— Ost. Freitag 17 Uhr Gelmadend bei Cichos, Rönlaggräber Straße, Ecke Klosterstraße.
Roter Frontkämpfer-Bund
Breslau
— Mitt. 3. Allen Kameraden zur Kenntnis, daß die Beiträge zur Erleichterung der Funktionäre in den Mitgliedenden entrichtet werden müssen. Pünktliches Erscheinen ist dabei Pflicht.
— Mitt. 6. Zug- und Gruppenführer beim Rastener Markten holen!

- Hirschberg. Die Wochenenshute für das Arbeitsgebiet Hirschberg, Liebenau, Grotte, Siedel, am Sonnabend und Sonntag in Hirschberg im „Berliner Hof“ statt. Alle Funktionäre des Arbeitsgebietes müssen erscheinen.
Regnitz. Sonnabend 20 Uhr Mitgliederversammlung im „Breußischen Hof“. Erscheinen sämtlicher Kameraden dringend notwendig.
Ohran. Freitag 20 Uhr bei Schmidt außerordentlicher Kameradschaftsabend. Alle NSD-Kameraden haben zu erscheinen.
Freiburg. Freitag 19.30 Uhr im „Grünen Baum“ Generalversammlung. Alles erscheint.
Regnitz. Freitag 20 Uhr im „Breußischen Hof“ Schulungsabend. Dietrich und Papier mitbringen!
Brieg. Freitag 20 Uhr Kameradschaftsabend im „Weinberg“.
Sonstige Organisationen.
Breslau
— Internationaler Bund. Freitag 19.30 Uhr Funktionärsitzung.
— Arbeiter-Adhärenz-Bund. Sonnabend 20 Uhr im Zimmer 11 des Gewerkschaftshauses ordentliche Generalversammlung. Zutritt nur für Mitglieder. Mitgliederbücher sind vorzulegen.

Diplomatenhilfe
Spione
Im Beiprogramm
Aus dem Reiche Rubezahl
Wochenschau
Nur noch heute um 5 und 8 Uhr in den
Gewerkschaftshaus - Lichtspielen
Jugend verboten Einheitspreis ohne Ausweis 70 Pf.
Arbeiter-Sportkartell E.V.

Dein Körper gehört Dir
Roman von Victor Margueritte
Berlin, Erich-Keil-Verlag
40
Was ist denn? Du kannst ja nicht mehr stehen?
Sie flüstert:
„Ich habe Hunger.“
„Komm, mein Herzchen, der Koch ist noch da. Wo hast Du deinen Suppentopf?“
Sie sieht sich um: jeder Bettler streckt irgendein Gefäß hin, irgend etwas, wenn es nur nicht rinkt.
„Mach's wie ich“, sagt ein alter Spatzvogel, der sich an die Mauer lehnt, um sein Mittagessen besser zu genießen, das er in seinem alten Gut vor sich hält. „Er läßt bald nicht mehr durch!“
Der Soldat hat Mitleid mit dem ausgehungerten Mädel und wendet sich an den Küchenjungen, der eben den Rest aus dem Kessel ausschüttet:
„De, Martin! Ich geb dir meinen Napf für die da. Sie verdreht schon die Augen. Na, da bin ich doch schon lieber Soldat.“
Er wühlt in seinen Taschen, zieht einen Franc heraus und ergreift ihre Hand:
„Da. Damit kannst du noch weiter essen. Meinen Napf gibst du mir aber gefälligst wieder, sonst krieg ich vier Tage Kasten.“
Nun kann sie wenigstens mit der Tram heinsafren und ein halbes Liter Milch für den Kleinen kaufen, der schon nicht mehr die Kraft hat zu schreien. „Ich habe ihm ja heute Morgen ein Bißchen gegeben“, hat Frau Roustan erklärt, „aber das ist allerdings nicht so leicht zu haben wie Leitungswasser.“
V.
Spi hielt den glerigen Lippen das lauwarme Fleischchen hin. Aber das jomrote Kind verweigerte die Nahrungsaufnahme. Die Mut gab ihm für einen Augenblick wieder Kräfte: es brüllte.
„Warum schreit es so?“
„Weil es kront ist, zum Donnerwetter!“ versüßerte Frau Roustan,

die der Lärm herbeigelockt hatte. „Geben Sie ihn doch ins Findelhaus, entschließen Sie sich, dann ist er vielleicht noch zu retten. Hier stirbt er Ihnen ja doch nur. Oder wollen Sie das etwa?“
„Um keinen Preis! Ich will doch, daß der arme Kleine leben bleibt. Ich bin ihm nicht mehr böse.“
Frau Roustan hatte der Mutter die Flasche aus der Hand genommen und stopfte den Sauger in den verzerrten Mund, der ihn nicht nehmen wollte.
„Er muß doch aber Hunger haben.“
Sie hatte ihre Brille aufgesetzt und betrachtete prüfend das Kind und die Flasche.
„Daher, die Milch ist sauer.“
„Ach!“
Spi sank verzweifelt auf den Betrand. Nun war die Katastrophe da.
„Das Schicksal will es nicht anders, Mädel. Der Kleine will vor morgen zu trinken haben, und einen Arzt braucht er auch. Glauben Sie mir, wenn Sie sich noch auf den Beinen halten können, dann tragen Sie ihn ins Findelhaus. Es ist Tag und Nacht geöffnet. Da ist er besser aufgehoben. Wenn Ellenette nicht durch ihr Abenteuer von heute morgen so müde wäre, würde sie Sie begleiten. Ich kann leider auch nicht mit, ich muß mich um Kullbaly kümmern. Dem geht es gar nicht gut, sollte mich nicht wundern, wenn es da zum Klappen käme.“
Das Kind weint immer noch. Jetzt ist es ein klägliches, anhaltendes Wimmern. Seine Mutter betrachtet es, und zum erstenmal ist ein sanftes Leuchten in ihren Augen.
„Armer Kleiner! Du weißt ja, daß ich versucht habe, dich bei mir zu behalten, als ob ich dich lieb hätte, aber das Leben ist wirklich zu hart für uns beide.“
„Ach ja“, bestätigt Frau Roustan, „und dabei fängt es erst an!“
„Glauben Sie wirklich, daß er nicht mehr bis morgen warten kann?“
„Bestimmt nicht. Wenn ihn seine Mutter auch noch so lieb hat, wenn sie ihm außerdem nur klares Wasser geben kann, das genügt nicht.“
Spi seufzte schwer:
„Nicht steht auch niemand und ich liebe niemand.“
Die Alte sah sie mit tröstendem Blick an:

„Das kommt schon noch, mein Hühnchen! Das Herzchen wird dich schon wieder plagen, und diesmal wirst du Spaß dran haben, wie alle. Besonders wenn du deinen Balg nicht mehr hast.“
Soviel widerstrebende Gefühle. In der Erregung ihres Geistes gelingt es Spi nicht, zu entdecken, wo die Wahrheit sei, ebensowenig wie man in einer Volksmenge die Personen aufreiben kann, die man sucht.
„Geben Sie, Kleine, entschließen Sie sich. Da ist das Paletchen. Seien Sie keine schlechte Mutter!“
Keine schlechte Mutter! Sie nimmt das Kind aus den Händen, die es ihr reichen. Trotzdem sie die ganze Fronte dieser letzten Worte empfindet, antwortet sie nichts. Die Frau da würde sie ja doch nicht verstehen. Natürlich ist es jetzt besser, ihn ins Büro des Findelhauses zu bringen. In dem Zustand, in dem ihr Sohn sich befindet, heißt eine gute Mutter sein, ihn denen zu übergeben, die besser imstande sind, für ihn zu sorgen als sie. Aber wenn sie ihn geliebt hätte, hätte sie da nicht einen wilderen, weniger stolzen Mutterinstinkt befehlen? Und hätte sie gewartet, bis sie soweit herunter war, ehe sie sich wieder an ihren Dntel gewendet hätte?
Im Gehen prüft sie sich und urteilt nun mit vollkommener Klarheit. „Man muß sein Gehirn von allen Vorurteilen säubern“ hat der Pate gesagt! Ja, aber man muß auch gründlich suchen können, um die wahren Gefühle, die sich verbergen, an die Oberfläche zu zwingen.“
Während sie den ersten Teil der endlosen Rue du Paradis hinuntergeht, seziert sie mit Strenge alle ihre Gedanken und Taten:
„Es ist unverzeihlich von mir, daß ich nicht Willen genug befehlen, habe, mich gleich am ersten Tage von ihm zu trennen. Ich habe mich von der Meinung anderer Leute beeinflussen lassen. Sie werden ihn lieben, Sie werden schon sehen, daß Sie ihn lieben werden! Behalten Sie ihn doch einen Augenblick.“ Ich habe ihm ungewollt Entbehrungen auferlegt, die ihn vielleicht das Leben kosten, und meine Abneigung ist noch immer die gleiche. Ich habe mich Charakterlos benommen, und nun bin ich doch da angekommen, wo ich wollte. Wogu also?“ Sie seufzt: „Er ist schwer!“
(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil: Erwin Dombrowski; für den literarischen Teil: Wilhelm Dieckhoff, die „Breslau“, „Weskyloß“ und die übrigen Redaktionen: Alfred Dombrowski, Landwehr in Breslau. — Für den künstlerischen Teil: Georg Paris, Gubenstraße. — Für den Druck: H. Götter, Breslau.

Der Antiholowitsch Abramowitsch

Ein Genosse schreibt uns: Der erste Vortrag des Antiholowitsch Abramowitsch war so sehr bescheiden, daß Leipziger nichts anderes annte, als sein Erkennen darüber auszudrücken, daß nicht einmal das jugendliche Thema „Rusland“ vermochte, den Vortragsraum zu füllen. Ja, mein lieber Leipziger, nicht einmal eure Parteipostulaten, wohl glaubend, daß sie wieder maßlos über Rusland belogen werden sollten. Keinen Schmerz, daß die Kommunisten nicht ihre 20 Pfennig abgelassen haben, können wir verstehen, aber deine schäbige Unterstellung, daß wir so feige sind, geht fehl. Desgleichen können wir als Vortragsbesucher feststellen, daß uns nichts in den Weg gelegt wird, wenn wir eure Vorträge besuchen, und reuen nur die Eintrittsgelder für diese Art „Bildung“. Uns hat der Vortrag nur noch mehr in unserer bolschewistischen Stellungnahme bestärkt, und wenn Abramowitsch weiter so in seinem Antiholowitschismus verfährt, so werden uns die 40 Pfennig nicht einmal reuen. Zum Beispiel sagte er, daß sich manche Organisationen selbst „hineinorganisierten“, dem stimmten wir zu, wenn er damit die Menschewitsch in Rusland meint. So könnten wir ein Duzend Beispiele anführen, wo der abgeschlossene Welt die eigene Brust traf. Abramowitsch verspricht, im zweiten Vortrag „lalliger“ zu werden. Großen Schaden wird er damit auch nicht anrichten, da hier die Arbeiterklasse bis weit in die Reihen der Sozialdemokraten, den Ruslandswindel nicht mehr ernst nimmt. Wenn uns Abramowitsch verraten wollte, aus welchen Quellen er speist, wovon er lebt und wie er sich zu einem Krieger mit Rußland stellen will, wären wir ihm sehr dankbar. Nicht hat Abramowitsch, wenn er sagt, eine Konterrevolution ist's, wenn alle Zustände zurückgeholt werden, so wie es die Moskauer, Ebert u. Co. 1918 bei uns machten, und nur der Gesamtarbeiter in Deutschland ist es zu verurteilen, daß wir nicht schon tatsächliche Zustände haben. Daß die Masse ohne gute Führung „Bündelstücken“ vertrieben, das wird er keinem einzigen in der Arbeiterbewegung tätigen Funktionär weismachen können. Nun sieht wieder, wie üblich, in der „Dredmacht“ über uns kommunistische Arbeiter her, die es wagen, sich mit euch auseinanderzusetzen. Doch uns ist es ernst, bitter ernst um das Wohl der Arbeiterklasse.

Bernehmungen in der Obligationenaffäre

Die ersten Bernehmungen in der unerklärlichen Obligationenangelegenheit der Stadt haben durch den von der Breslauer Regierung als Untersuchungskommissionar eingeleiteten Regierungsrat Müller-Greiner begonnen. Zunächst wurde der Vorsitzende des Untersuchungskomitees gehört, dessen Bernehmung mehrere Stunden in Anspruch nahm. Die Ermittlungen werden fortgesetzt. Inzwischen ist auch Oberbürgermeister Dr. Wiesner vernommen worden.

Bestlein. Zwei Finger erschlagen wurden dem Steiger Jentzsch in der 13. Abteilung beim Füllen eines Wagens. Er kriech die Kohlen glatt, wobei sich eine Gesteinsplatte aus dem Hangenden löste und ihm auf die Hand fiel. Er ist selbst schuld, da er kein Augenmerk darauf hatte, wie es über seinem Kopfe aussah, sondern nur bedacht war, viel Kohlen zu schütten. Auch bis jetzt ist an dieser Stelle nicht versichert worden, so daß die Schlepper in Gefahr leben. Beschwerde wegen der schlechten Strecken in der 13. Abteilung ist genug geführt worden.

Freie Turn- und Sportvereineigung. Neu in Erscheinung tritt in diesem Jahre die Tennis-Abteilung Interessenten melden sich in der nächsten Zeit im Turnheim oder in der Turnhalle. Für die Winterzeit ist ein Tisch-Tennis angeschafft worden, wobei die Spieler technisch ausgebildet werden. Vorläufig finden die Zusammenkünfte Dienstags und Donnerstags 19 Uhr im Turnheim statt. Übungsstunden werden noch bekanntgegeben.

Alle Jungkommunisten kommen heute Freitag um 19.30 Uhr zum Kursus.

Littersbach. Schulanfänger. Der Gemeindevorsteher gibt bekannt: Die Aufnahme der Kinder dieses Jahres schulpflichtig werdenden Kinder, das sind alle in der Zeit vom 1. Oktober 1922 bis 30. Juni 1923 geborenen, findet am Dienstag, dem 14. Februar 1923, in der Zeit von 10 bis 13 Uhr in sämtlichen Schulen der hiesigen Gemeinde statt. Die Anmeldezeit ist genau innezuhalten. Zur Oberschule sind die im Oberdorf bis zur Hauptstraße 88, zur Niederechule alle unterhalb des Kaufmanns J. Zimmermann wohnhaften evangelischen Kinder anzumelden. Alle übrigen bei den Schulleitern der in Frage kommenden Schulen. Kinder, die in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1923 geboren sind, können aufgenommen werden, wenn sie körperlich und geistig genügend entwickelt sind. Familiennamebuch oder Geburtsurkunde und Impfschein, sowie bei Knappschickmittlern der Rollenschein, sind für jedes anzumeldende Kind mitzubringen und vorzulegen.

Oberes Revier

In Gottesberg keine Wohnungsnot mehr

Man könnte annehmen, daß Gottesberg keine Wohnungsnot hat, wenn man folgendes Inserat im „Gottesberger Wochenblatt“ liest: „Neubaubehaltung, bestehend aus einer Stube, Küche, Entree sowie einer Stube im Dachgeschoss, zirka 46 Quadratmeter, gegen monatliche Miete von 45,35 Mark sofort zu vermieten. Meldungen im Magistratsbüro.“

Wer dieses liest, glaubt sich unwillkürlich in die Zeit zurückversetzt, wo an jedem Hause ein Schild prangte: „Wohnung zu vermieten.“ Welches aber sind die wahren Ursachen? Im Oktober 1922 wurden die beiden Häuser fertiggestellt. Die Vergebung der Wohnungen zog sich bis in den Dezember hinein, da diese ablehnten mußten, weil sie nicht imstande sind, die unverhältnismäßig hohen Mieten zu zahlen. Der Magistrat ließ die Interessenten

mit Wohnbeihilfe im Rathaus antreten,

um zu prüfen, ob sie zahlungsfähig sind. So kommt es, daß bis heute noch eine Wohnung leer steht und sich niemand findet, der zahlungsfähig ist. Dabei sind in Gottesberg noch 500 Wohnungsuchende vorhanden, die trotz Neubauten weiter in ihren elenden Löchern, zusammengedrückt wie die Heringe, hausen müssen. So sehr es zu begehren ist, daß soviel als möglich neue Wohnungen hergestellt werden, so müht sich der Magistrat, die Mieten so gering zu halten, daß die Proleten sie bezahlen können.

Gottesberg. Der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit hält am Sonntag um 14 Uhr im Schützenhaus (kleiner Saal) seine Versammlung ab. Interessenten sind als Gäste willkommen.

R.F.V. Generalversammlung. Am Sonntag fand die Generalversammlung der R.F.V. Gottesberg statt. Der Delegierte gab den Bericht von der Generalversammlung. Der Vorsitzende gab den Tätigkeitsbericht im Reich und Ortsmaßstab. Dann folgte der Rollenbericht, aus dem zu entnehmen war, daß die Ortsgruppe im letzten Jahre gewachsen ist. Die Neuwahl der Ortsleitung ergab wiederum. Zum Reichstreffen wurde beschlossen, in der nächsten Versammlung eingehend Stellung zu nehmen.

Landeshut

Lernlehrerin Sandrey als „Erzieherin“.

Erziehungsmethoden, die sich in Zukunft die Arbeiterkinder ernstlich verdienen werden, wendet gegenwärtig die Lernlehrerin Franlein Sandrey von der Volksschule an. Während der Freipause am Mittwoch paßierte einer achtjährigen Schülerin der evangelischen Volksschule das Mißgeschick, daß sie im Spiel mit anderen Kindern, als sie ihrem kindlichen Uebermut freien Lauf ließen, etwas an das oben genannte Fräulein anstieß. Zur Strafe wurde das Mädchen von der Lehrerin in eine Ecke des Hofes gestellt und ihr befohlen, stehen zu bleiben. Aus Furcht blieb das Mädchen über eine halbe Stunde in der Ecke stehen, ohne daß sich die Lehrerin um sie kümmerte. Vom Frost geschüttelt lief die Kleine denn weinend mit blaugefrorenen Händen und Füßen zu ihren Eltern. Dem Vater,

der sich zu der Lehrerin und dem Rektor begab, wurde die Angelegenheit so hingestellt, daß die Kleine selbst schuld sei, sie hätte nur nicht stehen bleiben sollen. Uns scheint die Antwort eine Verlegenheitsrede zu sein. Gerade sie als Erzieherin müßte doch wissen, daß das Mädchen aus Furcht vor weiterer Strafe sich dem Befehl der Lehrerin nicht zu widerlegen wagte. Wenn man dabei noch berücksichtigt, daß die Lehrerin doch wußte, daß das Mädchen ohne Mantel und ohne Mütze in der Kälte stand, und sich trotzdem nicht mehr um sie kümmerte, so beweist das nur, daß sie unfähig ist, Erzieherin der Kinder zu sein. Die Arbeiterkinder lernen doch mit Recht: Fort mit solchen Methoden der Erziehung und mit Lehrern, die derartige Methoden anwenden.

Niederschlesien Schwere Niederlagen der SPD. bei den Erwerbslosen

Einstimmige Mißtrauenserklärung in Görlitz

Die von der Ortsgruppe Görlitz der SPD. einberufene Erwerbslosenversammlung in der Aktienbrauerei wies einen Besuch von etwa 600 bis 700 Erwerbslosen an. Das Referat des Genossen Ulrich über die Entwicklung des Erwerbslosenproblems und die Entrechtung großer Schichten der Arbeitslosen durch die neue Saisonarbeiter-Sonderfürsorge fand ungeteilten Beifall. In der Diskussion kam dies sehr deutlich zum Ausdruck. Ebenso wurde auch die Forderung auf Bildung eines Erwerbslosenausschusses von der Versammlung gestellt. Die Partei erklärte durch den Genossen Ulrich zu dieser Frage folgendes:

In der kommenden Woche finden Erwerbslosenversammlungen der verschiedenen Gewerkschaften statt. In diesen muß zunächst der Kampf gegen die Sonderbestimmungen für die Saisonarbeiter geführt werden und die Bildung eines Erwerbslosenausschusses verlangt werden.

Falls die Gewerkschaften das Annehmen der Erwerbslosen auf Bildung eines Erwerbslosenausschusses ablehnen sollten, wird die SPD. in einer gut vorbereiteten öffentlichen Erwerbslosenversammlung die Erwerbslosen zur Wahl eines Ausschusses auffordern.

Diese Erklärung fand das Einverständnis der Versammlung. Nachstehende Resolution wurde einstimmig gefaßt:

„Die am 19. Januar 1923 in der „Aktienbrauerei“ Görlitz versammelten Erwerbslosen erheben ihr schärfstes Protest gegen den Unterdrückungsraub an den sogenannten Saisonarbeitern. Sie sprechen allen den Parteien, die am 14. Dezember 1922 im Reichstag für dieses Ausnahmengesetz stimmten, ihr schärfstes Mißtrauen aus und verlangen sofortige Annullierung dieses Gesetzes. Die Erwerbslosen fordern: 1. Erwerbslosenunterstützung von Staats wegen für die volle Dauer der Erwerbslosigkeit. 2. Durch die Kommune laufende Sonderbeihilfen an Sachleistungen (Kohle, Lebensmittel usw.). 3. Gewährung von Mietsbeihilfen. Die Versammlung erklärt, daß sie den Kampf der SPD. gegen die Entrechtung der Erwerbslosen mit allen Kräften zu unterstützen gewillt ist.“

Stadtrat Kessel vor den Erwerbslosen

Das Schandgesetz gegen die erwerbslosen Saisonarbeiter hat die infolge der allgemeinen Not an und für sich bereits große Erregung unter den Erwerbslosen noch ganz erheblich gesteigert. Ueber das Gesetz selbst, das unter sozialdemokratischen Ministern mit voller Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion angenommen wurde, herrscht bei den Erwerbslosen nur eine Meinung: Schärfstes Mißtrauen gegen die Urheber und Befürworter dieses Gesetzes, und rücksichtsloser Kampf um die Aufhebung dieses Nachwurfs der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierung!

Diese Einstellung der Erwerbslosen war bereits in unzweideutiger Weise in der von der SPD. am Sonnabend einberufenen öffentlichen Erwerbslosenversammlung zum Ausdruck gekommen. (Siehe oben.) Nun hatte der Baugewerksbund für Montag zu einer Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten erwerbslosen Saisonarbeiter nach dem Konferenzsaal des „Volkshauses“ ausgerufen. Schon lange vor Beginn war der Saal überfüllt; viele, vor allen Dingen auswärtige Kollegen, mußten unverrichteter Dinge wieder abziehen. Deshalb machte sich unter den Anwesenden ein erheblicher Unwillen darüber bemerkbar, daß die Gewerkschaftsleitung eine Versammlung in so ungenügenden Räumlichkeiten zur Durchführung bringen will, in einer Zeit, wo die Erwerbslosigkeit ungeheure Ausmaße angenommen hat. Auf der Tagesordnung stand ein Referat des SPD-Stadtrats Kessel über das Arbeitslosen-Verfürsorge- und Arbeitsvermittlungsgesetz. Es ist nicht weiter verurteilt, daß Kessel, den ja die „Volkzeitung“ erst neulich als Vertreter der „Arbeitnehmer“ beim Görlitzer Arbeitsamt herausgerufen wollte, gleich zu Anfang seiner Ausführungen das W.F.V. über alle Wachen lobend hervorhob, und es doch seine Genossen — die sozialdemokratischen Minister und Abgeordneten — die dieses Gesetz gestiftet haben. Aber die entrüsteten Zwischenrufe der Arbeitslosen zeigten klar und deutlich, daß das demagogische Gerede von dem „Vor teil einer gezielten Regelung der Arbeitslosenunterstützung“ heute, wo Millionen Arbeitslose diesen „Vor teil“ an eigenen Leiden spüren, nicht mehr zieht. Kessel versuchte, als er diese bedrohliche Stimmung merkte, auch sofort einen Zurückzieher, und winkte etwas von „Mängeln“ und „Fehlern“, entzündend durch das Zusammenwirken der „Koalitionsparteien“ bei diesem Gesetz. Er fand aber mit diesem Versuch, die Schuld an dem Zustandekommen des W.F.V. von der SPD. auf ihre bürgerlichen Koalitionspartner abzuwälzen, bei den Arbeitslosen keine Gegenliebe. Heute, wo die Tatsachen ihre eindringliche Sprache reden, haben die Erwerbslosen erkannt, wie recht die Kommunisten hatten, als sie dieses Schandgesetz ablehnten. Erst die letzten Vorgänge, bei der Annahme des Ausnahmengesetzes gegen die Saisonarbeiter, durch das die Mehrzahl aller Erwerbslosen um ihre paar Pfennige Unterstützung geprellt werden sollen, hat die Arbeiterklasse mit größter Eindringlichkeit über die wahre Rolle der SPD. dieser famosen „Arbeiterpartei“, aufgeklärt. Die ungeheure Erbitterung der Arbeitslosen, die sich zum Hundertsten und tausendsten Male von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern belogen und betrogen sehen, kam unzweideutig in den rüchlichen Zwischenrufen zum Ausdruck, die leider verhinderten, daß Kessel seine Verteidigungsrede für den neuerlichen Verrat der SPD. vom Stapel lassen konnte. Vielleicht oder sogar wahrscheinlich hätten die Arbeitslosen nach dem Referat von Kessel noch besser erkannt, wie „gut“ die Interessen der Arbeiterklasse von den Reformisten wahrgenommen werden. So wurde nach kaum einer Viertelstunde die Versammlung abgebrochen, und Kessel und sein Freund Schmidt (Bauamt-Rat) ergriffen die Flucht. So sehen diese „Arbeiterführer“ aus, wenn sie sich einmal vor den von ihnen genutzten Proleten verantworten sollen.

Reagieren wir allerdings auf die Stellungnahme der „Volkzeitung“ zu diesen Vorgängen, die sich in letzter Zeit einer bemerkenswerten Zurückhaltung heileigigte. Den Arbeitslosen rufen wir zu: Pakt nicht noch mit euren Forderungen! Kampf gemeinsam unter Führung der kommunistischen Partei für die Durchsetzung eurer Forderungen! Werkt die bürgerliche und sozialdemokratische Herrschaft aus euren Wohnungen und laßt die „Arbeiterzeitung“, das Blatt der Klassenbewußten Arbeiterklasse!

Am Sonntag in Greiffenberg

In Freitagvormittag fand in Greiffenberg eine Erwerbslosenversammlung statt. Referat war Genosse Brodke. Einig-

Ein Befugnis niedergebrennt. In Rogau brach nachts im Laufe des Stiefenbestfers Mänsch Feuer aus, dem die Scheuer mit Getreidevorräten sowie die Wohnräume zum Opfer fielen. Das Feuer entstand durch Fleischräuchern.

Jauer

Ein verhängnisvoller Sturz. An einer verlassenen Straßenseite stürzte der Gärtnerehrlich Hartmann aus und schlug schwer mit dem Kopf auf das Pflaster. Bald darauf bekam der junge Mann Kopfweh, die zu beratigen Eindrungen führten, daß er in Tobsucht und Herzdrängung verfiel. Er mußte unter Aufsicht von viel Gewalt in Sicherheit genommen und ins Krankenhaus gebracht werden.

Von 110 Erwerbslosen waren 80 anwesend. Nach dem Referat über das Ausnahmengesetz gegen die Saisonarbeiter und nachfolgender lebhafter Diskussion nahm die Versammlung nachstehende Resolution einstimmig bei zwei Stimmenthaltungen an:

„Die am 18. Januar 1923 in Greiffenberg versammelten Erwerbslosen erheben ihr schärfstes Protest gegen die Ausnahmeverordnung vom 22. Oktober 1922, ferner gegen das am 14. Dezember 1922 im Reichstag angenommene Gesetz, wonach die Saisonarbeiter nur sechs Wochen Unterstützung erhalten sollen. Die Erwerbslosen sprechen der SPD., die diesem Gesetz geschlossen zugestimmt hat, ihr schärfstes Mißtrauen aus und fordern Annullierung dieses Gesetzes. Die Versammelten begreifen den Kampf der kommunistischen Partei gegen die Ausnahmeverordnung sowie gegen das bestehende kapitalistische System, und geloben, diesen Kampf zu unterstützen. Sie wissen sehr wohl, daß dieser Kampf nur mit Erfolg geführt werden kann, wenn die heute in Betriebe stehenden Arbeiter gemeinsam mit den Erwerbslosen den Kampf für die Forderungen aufnehmen.“

Görlitz

Heute und morgen muß jeder Genosse und jede Genossin die Programme für die Jahreshauptversammlung der SPD. (Freitag, den 8. Februar im „Konzerthaus“) im Vorverkauf abholen. Sorgt für Massenbesuch!

Grünberg

Ueberall Brände. In Jany stand in der Nacht plötzlich die Scheune des Landwirts Richard Schütz in Flammen. Die Scheune brannte mit größeren Roggenvorräten sowie einer beträchtlichen Heumenge und sämtlichen landwirtschaftlichen Maschinen bis auf die Grundmauern nieder.

Hoyнау

Zur Beachtung für Saisonarbeiter!

„Vom 20. Januar ab werden die Bestimmungen des neuen Gesetzes über die „berufliche Arbeitslosigkeit“ im Bezirk des Landesarbeitsamtes Schlesien wirksam. Für die Woche vom 20. bis 26. Januar, also bei der Zahlung am Schluß dieser Woche, erhalten alle Arbeitslosen aus den Berufen, in denen im Winter eine Arbeitslosigkeit üblich ist, wenn sie schon am 9. Dezember Arbeitslosenunterstützung erhielten, nicht mehr die bisherige Arbeitslosenunterstützung, sondern die niedrigeren Bezüge aus der neuen Sonderfürsorge. Für die, die die Arbeitslosenunterstützung erst von einem nach dem 9. Dezember 1922 liegenden Tage ab beziehen, beginnt die Sonderfürsorge sechs Wochen nach dem Beginn des Bezuges. Das Arbeitsamt wird jedem Empfänger von Arbeitslosenunterstützung eine Mitteilung aushängen über die neuen Bezüge. Sollte bei der großen Zahl der Saisonarbeiter die endgültige Berechnung aller neuen Bezüge nicht sofort erfolgen können, so werden laufend Abschlagszahlungen gegeben, die dann später endgültig verrechnet werden. Wenn ein Arbeitsloser nach den Vorschriften über die Krillenfürsorge nicht als bedürftig gilt, erhält er für die Zeit der beruflichen Arbeitslosigkeit auch keine Sonderfürsorge (Das heißt: keine Arbeitslosenunterstützung. Der Ver.) Arbeitsamt Liegnitz.“

Arbeitslose! Diese Bekanntmachung wurde unter euch in Form von Handzetteln verbreitet. Denkt an die Worte des Sozialdemokraten Mühlchen-Liegnitz in der letzten Erwerbslosenversammlung, wo er euch empfahl, nicht „so schwarz“ zu sehen. Ja, wo er noch versuchte, die neuen Bestimmungen als zum Teil gut hinzustellen. Sollte das Geld wirklich nicht ausreichen, so empfehlen wir, mal auf die Dauer der „beruflichen Ferien“ den Herren SPD-Ministern, den sogenannten „Volksvertretern“, die Gehälter und Spejen zu streichen. Den arbeitslosen Kollegen aber rufen wir zu, nun erst recht den Kampf gegen jede Verschlechterung aufzunehmen und sich einen Dreck um die sozialdemokratischen Phrasen zu kümmern, die nur Geld für den Bau von Panzerkreuzern übrig haben, aber nichts für die Not der Arbeitslosen.

Von der Herrmsdorfer Gemeindevertretung. Heute Freitag tagt im Gasthaus von Scheuer die erste Gemeindeversammlung in diesem Jahre. Die Tagesordnung lautet: 1. Einführung des Gasthausbesetzers Hannig für den Gemeindevorsteher Scheuer. 2. Betr. Feuerwehrgesetz (Schläuche). 3. Feuerwehrrückstellungen-Versicherung auf Kosten der Gemeinde. 4. Zulage für den Nachtwächter. Die Opposition wird einen Dringlichkeitsantrag auf Gewährung einer Wirtschaftshilfe für die erwerbslosen Gemeindevorsteher einbringen. Daher ist der Besuch der Versammlung, die öffentlich ist, notwendig.

Liegnitz

Und wieder die Merkur!

Die Bogen der Revolte haben sich geglättet. Da können wir nun in aller Ruhe wieder daran gehen, die hier herrschenden Zustände zu beleuchten. Anlässlich unseres letzten Artikels betreffend Abteilung Stricker, hat die Vorsitzende des Arbeiterrats, Frau Erdmann, die Worte ausgestoßen: „Es ist merkwürdig, daß die Artikel in dieser Zeitung nur von der Webererei und Strickererei schreiben. Es geht doch in allen Abteilungen auch solche Sachen, aber davon wird nichts geschrieben.“ Nun, Frau Erdmann, wir sind auch darüber unterrichtet, was in anderen Abteilungen, z. B. bei Reichelt, passiert. Da in diesen beiden Abteilungen Kollegen arbeiten, die als Kommunisten bekannt sind, haben Sie Ihrer Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß diese die Artikelschreiber sind. Ohne jeden Beweis verdächtigen Sie dieselben. Das sind wir ja von „überzeugten“ SPDisten schon lange gewöhnt. Auf Grund Ihrer Äußerung ist ja auch der Kollege in der Webererei infolge „Arbeitsmangels“ entlassen worden. Der Betriebsobmann, Herr Finster, hat auch keinen Mut, in der Angelegenheit Reinhold etwas schärfer zu werden. Vielleicht hat er Angst, er könnte bei der Direktion anstoßen. Das selbe müssen wir von dem Betriebsrat der Angestellten sagen. Auch er schweigt. Herr Finster, durch Ihr Verhalten bedenklich die Verhältnisse des R. Wir wollen Ihnen nur sagen, daß es sich nicht um 20 Mark handelt, wie Ihnen vom Direktor Bacharach gesagt wurde, sondern mehrere Jahre hindurch um jährlich etwa 1000 (tausend) Mark. Es wäre besser, die Energie, die Sie zeitweise den Arbeitern gegenüber an den Tag legen, hier zu verwenden. Dadurch, daß Sie schweigend, stellen Sie sich selbst ein schlechtes Zeugnis aus. Wir hoffen nun, daß der Betriebsrat diese Angelegenheit regelt, sonst sind wir gezwungen, deutlicher zu werden.

Zum Kreistag der schlesischen Arbeiter-Athleten

Eine Antwort an den Kreisleiter Köhler — Ein Mahnwort an die Delegierten

Am kommenden Sonntag, dem 27. Januar, tritt in Breslau der Kreistag des 4. Kreises des Arbeiter-Athleten-Bundes zusammen. Die Delegierten werden nicht nur die Berichte entgegennehmen und über interne Angelegenheiten zu beraten haben, sie werden auch ihre Aufmerksamkeit den Verhältnissen im Kreise zuwenden und zur Arbeit des Bundesvorstandes Stellung nehmen müssen. Eine schwere Verantwortung liegt auf ihnen: Der Bundesvorstand will — wenn er es auch nicht wahr haben möchte — die Spaltung der Organisation. Er verlangt trotz Bundesratsbeschlüssen einseitige, sozialdemokratische, Festlegung des Bundes. Wer, wie die Sportgenossen in Berlin und Halle, das nicht mitmacht, soll außer halb des Bundes gestellt werden.

Gegen eine solche unerhörte Vergewaltigung der Mitgliedschaft haben bereits die ausführendsten, stärksten und sportlich bedeutendsten Kreise des Bundes (Schlesien) Protest eingelegt. Der 1. Kreis (Schlesien) war allerdings bisher noch eine der wenigen Kreisorganisationen, die den Bundesvorstand deckten, d. h. richtiger, die Kreisverwaltung. Wir sind sicher, daß die Mitglieder darüber anders denken. Leider sind viele von ihnen über die wahren Vorgänge in Berlin entweder gar nicht oder nur unvollkommen unterrichtet.

Von allen Seiten wird gegen die oppositionellen Sportgenossen gehetzt. Auch unser Kreisleiter, Sportgenosse Köhler, hat vor kurzem einen unerhörten, von Beschimpfungen der Kommunisten und der „Arbeiter-Zeitung“ nur so krochenden Artikel in der durch ihre unerschämte Kommunistenhege bekannten „Berger Wacht“ losgelassen, und die Sozialdemokratische Partei über den grünen Klee gelobt. Wir fragen: Ist es Aufgabe eines Kreisleiters, in die Organisation einen Keil zu treiben? Hat er wirklich nichts anderes zu tun, als einen Teil der Mitglieder auf das unerhörteste zu beleidigen? Und da er sich gerade so für die SPD. einsetzt und die SPD. beschimpft, wollen wir doch an den letzten Kreistagsbeschluss erinnern, der ausdrücklich gegen das Verhalten der Sebering u. Co. beim „Deutschen Turnfest“ protestierte. Sebering und die übrigen Köhler-Pöhlinger der Schwarzweißrotten Deutschen Turnerschaft sind führende Sozialdemokraten. Kann man etwa ähnliches einem Kommunisten nachwollen? Weder Köhler noch der Bundesvorstand würden dazu in der Lage sein. In der kommunistischen Partei wären Leute, die den Arbeiterportieren in ihrem schweren Kampfe gegen die bürgerliche Sportbewegung in den Rücken fallen, schon längst hinausgeworfen worden. In der SPD. aber ist es anders! Wäre es da nicht richtiger, Sportgenosse Köhler würde, bevor er die SPD. beschimpft, erst einmal dafür sorgen, daß in seiner Partei darüber Klarheit geschaffen würde, für welchen Sport die SPD. eigentlich ist, ob für den bürgerlichen oder den Arbeiterport?

Wir appellieren an die Delegierten, sich auf dem Kreistage nicht gegen die Opposition aufheben zu lassen! Arbeiter-Athleten! Laßt euch nicht erzählen, die SPD. wolle „ihre Parteipresse“ lochen; glaubt nicht, wenn behauptet wird, die Berliner Bundesgenossen wollen „sich nicht fügen“. Best den nachstehenden Aufruf des Berliner Kreistages, vergleicht die sachlichen Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ mit der wässrigen Schimpfannonade eures Kreisleiters gegen uns. Wenn ihr objektiv urteilen könnt, müßt ihr mit uns der Meinung sein, daß die Verhältnisse im Bunde schlimm sind; daß die Diktatur des Bundesvorstandes herrscht; daß man wertvolle Kräfte für den Aufbau des Arbeiter-Athleten-Bundes hinauswerfen will, nur um ihrer politischen Gesinnung willen. Wendet euch gegen den Spaltungskurs, verlangt die bedingungslose Wiederaufnahme der Vereine des 4. Kreises!

Es lebe die Einheit des Arbeiter-Athletenbundes!

Kreistagsdelegierte! Hört was die Berliner Athleten euch zu sagen haben

Werte Genossen! Über 2000 Arbeiter-Athleten aus etwa 40 Vereinen des 4. Kreises (Berlin) sollen auf Befehl des Bundesvorstandes des Arbeiter-Athleten-Bundes ausgeschlossen werden, nachdem man den Kreisleiter, Genossen Sellheim, bereits ohne Schiedsgericht, also unter Bruch der Statuten, ausgeschlossen hat. Gegen die vielen Vereine des Halle'schen Kreises will der Bundesvorstand die gleichen Ausschlußmaßnahmen ergreifen.

Die Vereine dieser beiden Kreise sollen gezwungen werden, sich bedingungslos den von der Zentralkommission eingelegten Arbeiter-Sportartikeln anzuschließen, an deren Zusammensetzung und Aufbau sie durch die Diktatur der Bürokraten der Zentralkommission keinen Anteil hatten. Deshalb haben nicht nur die Arbeiter-Athleten, sondern die Arbeiterportier Berlins an ihrem alten rechtmäßigen Kartell festgehalten, das in jahrelanger, jäher Arbeit aufgebaut wurde. Die Arbeiter-Athleten des 4. Kreises weigern sich, dem Diktator der Zentralkommission und des Bundesvorstandes zu folgen, weil damit die

entscheidenden Bundesratsbeschlüsse außer Kraft gesetzt werden,

die bisher im Arbeiter-Athleten-Bund Geltung hatten.

Der Eintritt in die von der Zentralkommission statutenwidrig bestimmten Partelle ist nur möglich, wenn sich die Vereine durch Unterschrift verpflichten, mit den revolutionären Organisationen der Arbeiterschaft und mit der SPD. keine Beziehungen aufrecht zu erhalten. Diese Forderung steht im krassen Gegensatz zu den Beschlüssen des Dresdner Bundesrates des A.A.B., auf dem folgender Antrag einstimmig angenommen wurde:

„Der Bundestag kann aber eine parteipolitische Einstellung zugunsten bestimmter Richtungen im Interesse unserer Ziele nicht billigen. Solchen Bestrebungen ist entschieden entgegenzutreten.“

Die Aufgabe der parteipolitischen Neutralität durch den Bundesvorstand des Arbeiter-Athleten-Bundes hat zur Folge, daß der Bundesvorstand die Spaltungsmaßnahmen der Zentralkommission gegen die Partelle in Berlin und Halle nicht nur deckt, sondern entschieden fördert. Der Dresdner Bundestag, der unter dem Zeichen der Spaltungsarbeit der Führer in der ZA. und im A.A.B. seine Arbeiten durchführte, hat sich eindeutig gegen die Maßnahmen, die gegen Berlin und Halle getroffen wurden, ausgesprochen. Einstimmig wurde damals folgender Beschluß gefaßt:

„Der 9. Bundestag des Arbeiter-Athleten-Bundes erwartet von der Zentralkommission parteipolitische Neutralität in allen ihren Handlungen. Der Bundestag erwartet ferner, daß alles versucht wird, eine Spaltung in Berlin und Halle zu vermeiden und die Differenzen zu einem für die Arbeitersportbewegung nutzbringenden Abschluß zu bringen. Der Bundesvorstand wird ersucht, in diesem Sinne zu wirken.“

Trotz dieses Beschlusses und als selbst ein bürgerliches Gericht die rechtswidrigen Maßnahmen der Zentralkommission fest-

stellte, hat sich der Bundesvorstand auf allen Sitzungen der Zentralkommission

offen mit den Spaltern der Arbeitersportbewegung solidariert,

hat rücksichtslos die Spaltungsbeteiligten aus dem Bund ausgeschlossen, trotzdem der Bundestag den sportlichen Verkehr mit der Zentralkommission gutgeheißen hat. Noch im Oktober hat der Bundesvorstand die Kreisleiter darauf hingewiesen, daß auf Grund des Dringens der Zentralkommission Maßnahmen gegen die Berliner und Halle'schen Vereine getroffen werden sollen und daß er auf Grund der Bundesratsbeschlüsse einen Ausschluß nicht beantworten könnte, sondern daß zur Klärung dieser Angelegenheit eine Kreisvertreterkonferenz des Arbeiter-Athleten-Bundes einberufen zu werden hätte. Das war jedoch lediglich ein Vorwand, um den Spaltungskauftrag der Bildung und Genossen durchzuführen. Ende November erhielten die Berliner Vereine einen Revers zugestellt, sich entweder dem neuen Kartell anzuschließen oder sich als ausgeschlossen zu betrachten. Ohne den ordentlichen Kreistag des 4. Kreises abzuwarten, der die Stellung zur Frage des Reverses festlegen sollte, berief der Bundesvorstand einen besonderen Kreistag in Berlin ein, zu dem nur die Vereine eingeladen wurden, wo der Bundesvorstand annahm, daß sie sich bedingungslos seinen Anweisungen fügen werden. Die Information der rechtmäßigen Kreisvorstandsmitglieder besonders an die Provinzvereine führte dazu, daß der Bundesvorstand, ohne einen Erfolg zu erzielen, die Tagung verließen mußte. An der einheitlichen Front der Vereine im 4. Kreis war also nicht zu denken.

Durch diese Tatsachen hat der Bundesvorstand gezeigt, daß er gewillt ist, nicht nur die Beschlüsse des Bundesrates, sondern auch das oberste Bundesgesetz,

die Statuten, mit Füßen zu treten.

Durch sein Doppelspiel glaubt er einmal die Mitglieder hinzuhalten, um auf der anderen Seite die Spaltungspolitik im Arbeiter-Athleten-Bund durchzuführen. So wie in den anderen Verbänden sollen die Massenausschlüsse nur erfolgen, um den Weg freizumachen für die Durchführung der Koalitionspolitik, deren Ergebnis die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Sportlern sein soll, gegen die sich bisher nicht nur die Arbeiter-Athleten des 4. Kreises, sondern die Mehrheit der Bundesmitglieder gewehrt hat. Ebenso haben die Arbeiter-Athleten wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß sie sich gegen die Auslieferung des Bundes an die SPD. wenden werden.

Der Kreistag des 4. Kreises gelobt, mit allen Kräften unter Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes für die Wiederaufnahme in den Bund und für dessen Einheit zu kämpfen. Wir erwarten von allen Vereinen und Kreisen, uns in diesem berechtigten Kampfe durch Stellungnahme in diesen Organisationsstellen gegen die Spaltungspolitik des Bundesvorstandes tatkräftig zu unterstützen. Die Vereine des 4. Kreises werden bemüht sein, trotz aller Spaltungsmaßnahmen des Bundesvorstandes den sportlichen Verkehr mit den Genossen im Kreise weiter zu pflegen, um damit der Einheit zu dienen. Einheitsliches und geschlossenes Zusammenstehen der Mitglieder des Arbeiter-Athleten-Bundes ist mehr denn je notwendig, um die Einheit des Arbeiter-Athleten-Bundes aufrecht zu erhalten.

Kämpft mit uns gemeinsam und faßt Beschlüsse auf euren kommenden Tagungen

Für das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder.

Gegen die Spaltung des Arbeiter-Athleten-Bundes.

Es lebe die Solidariät mit den Berliner und Halle'schen Arbeiter-Athleten.

Einweg mit den Spaltern im Arbeiter-Athleten-Bund.

Die Delegierten des Kreistages des 4. Kreises des Arbeiter-Athleten-Bundes.

Mag Sellheim, Berlin-Orly, Sektion 35.

Die im gestrigen Inserat angegeb. Preise müssen wie folgt lauten:
Damen-Nachthemden weiß Wäschebatist, m. farbig. Babikragen oder Wäschestoff mit Sticker-Vorzierung
Jetzt: 2.95, 2.25, 1.95 Mk.
Wollwarenhaus SAX NIA

Die schönsten Geschenke zu billigsten Preisen u. Riesenauswahl
Modenhause Landsberger
Schweidnitz
Innerer Ring 2, neben Rathauskeller
Beachten Sie bitte meine Schaufenster
Lagerbehälter ohne Kaufzwang

Brot-, Weiß-, Feinbäckerei
Hermann Kegel
Schweidnitz
Reichenbach, Str. 38
Leihweisse Masken
Theater - Garderoben
Smoking-, Frack- und Gehrock-Anzüge
Edoif Stiel
Schweidnitz
Hofstraße 38
Telephon Nr. 768

Richard Thiel, Schweidnitz
Büttner-, Ecke Münzstraße
Kolonial- u. Feinkostwaren
Spezialität:
Täglich frische Schotten u. Heringe
aus eigener Räucherel

Inventur-Ausverkauf
Centower
SCHMIEDEBRÜCKE
Beginn: Morgen Sonnabend

Schuh-Goldmann
Schweidnitz, Hohlstraße 29
beginnt am Sonnabend, d. 26. Januar 1929
mit dem
Inventur-Ausverkauf
Versäume niemand die günst. Einkaufsgelegenheit f. gute Schuhe

H. Fleisch- u. Wurstwaren
Max Frubrich, Schweidnitz
Reichenbacher Straße 5

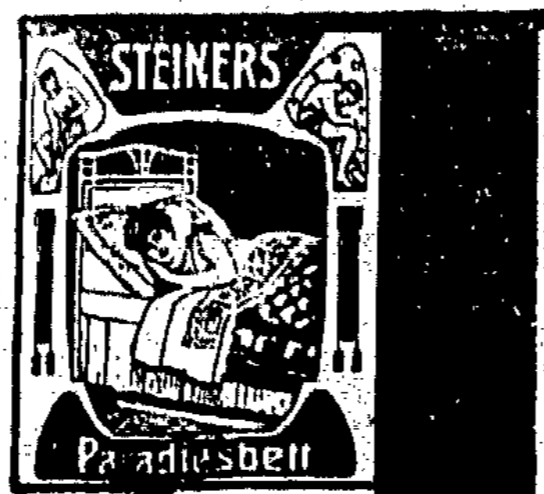
Ämtliche Bekanntmachung von Weißstein
Sitzung der Gemeindevertretung
Dienstag, den 29. Januar 1929, nachmittags 1/5 Uhr
im Saale des Bürgerheims — Jugendheim.
Tagesordnung:
1. Legung der Jahresrechnung 1927 der Gemeinde Weißstein. (Berichterstatter: Herr Verordneter Loh.)
2. Beschlußfassung über evtl. Steuererleichterung für das Etatsjahr 1928.
3. Antrag des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen auf Erlass der Gemeindebeschlüsse zur Grundvermögenssteuer.
4. Uebertagung des Gemeindeanteils beim Waldheimstättenverband an denselben, sowie Zustimmung zur Feststellung des Verbandsvermögens.
5. Erlass eines Ortsstatuts und einer Polizeiverordnung über Reinigung der Bürgersteige. (Berichterstatter Herr Schöffe Schloffer.)
6. Nachbewilligung von Mitteln für Beleuchtung. (Berichterstatter: Herr Schöffe Schloffer.)
7. Übergabe von Baugelände an die Gemeinnützige Wohnungsfürsorge und Festsetzung des Verkaufspreises. (Berichterstatter: Herr Schöffe G. Berger.)
8. Bauprogramm für 1929.
9. Zustimmung zum Ziegelankauf für Neubauten 1929.
10. Aufnahme eines Darlehens von 6000 Mark bei der Reichspost zur Errichtung von zwei Postbeamtenwohnungen. (Berichterst. Herr Schöffe G. Berger.)
11. Versicherung der Milchhalle gegen Einbruch pp. (Berichterstatter: Herr Schöffe Klein.)
12. Verstärkung der Etatposition V A 6 (Vertretungskosten für erkrankte Lehrer). (Berichterstatter: Herr Schöffe R. Berger.)
13. Feststellung der Besoldung der Kinderärztin Bielsch. (Berichterstatter: Herr Verordneter Schofer.)
14. Anträge und Mitteilungen.

Zigaretten
eigenes Fabrikat
Zigaretten
Rauch- u. Kautabak
E. Woll
Schweidnitz
Büttnerstr. 26

Ämtliche Bekanntmachung von Weißstein.
Die nächste öffentl. Gemeindevertreter-Sitzung findet am
Dienstag, dem 27. Jan. 1929
nachmittags 1/5 Uhr
im Saale des Bürgerheims, Jugendheim.
Die Tagesordnung hierzu hängt im Amtsgelände-Haus für aus
Weißstein, den 23. Januar 1929.
Der Gemeindebesorger
J. B. Schöffe

Vereinigte Theater
Lobe-Theater
 Von Sonnabend, den 28. 1.
 bis Freitag, den 29. 1.
 täglich 20.15 Uhr
 Revue im Erziehungssaal
 Von Mittwoch, den 30. 1.
 bis Freitag, den 1. 2.
 täglich 20.15 Uhr
 Olympia
 Sonnabend, den 2. 2.
 20.15 Uhr
 Neuinszenierung anlässlich
 20-jährig. Geburtstages
 Minna von Barnheim
 Sonntag, den 27. 1.
 und Dienstag, den 29. 1.
 15.15 Uhr
 Wie es euch gefällt

Thalia-Theater
 Von Sonnabend, den 28. 1.
 bis Freitag, den 1. 2.
 täglich 20.15 Uhr
 Das Land der Verheißung
 Sonnabend, den 2. 2.
 20.15 Uhr
 Neuinszenierung anlässlich
 20-jährig. Geburtstages
 Nathan der Weise
 Sonntag, den 27. 1.
 15.30 Uhr
 Zu neuen Preisen
 Kater Lampe



Inventur

Ab 26. Jan. Sonnabend
 bringen wir große
 Mengen unserer Erzeug-
 nisse zu **herabgesetzten**
Preisen

- Metalbettstellen, weiß und schwarz und mit Pat.-Zugfeder-matr. 32.50 29.- 26.50 21.- 19.-
- Matratzen, Dreibeuge, gute Füllung . . 45.- 35.- 30.- 24.-
- Unterbetten, mollig u. warm, besser und weicher als Feder-Unterbetten 30.- 22.- 16.- 12.50
- Stoppdecken, Seiden-Satin-Trikofutter, Wolle, Halbwole, Baumwollf. 28.- 20.- 15.- 9.50
- Stoppdecken, Seiden-Satin, doppelseit. Wolle, Halbwole, Baumwollf. 40.- 30.- 22.- 16.-
- Wellene Schlafdecken, 19.- 13.- 10.- 8.-
- Kamelhaardecken 45.- 36.- 30.-
- Dauendecken, beste dauendeichte Satin, größte Farbauswahl . . . 115.- 90.- 72.-
- Holzbettstellen, weiß lack. bedeutend billiger, mit Gegen-druck-Matratze 90/190 . . . 60.-
- Kinderbetten, Holz, weiß lack. 50.- 45.- 37.50 18.-
- Kinderbetten Stahlrohr m. Dopp.-Netz-Matr. 45.- 30.- 25.- 18.-
- Ein Post. Kinderwagendecken im Preise sehr herabgesetzt. Kinderstoppdecken 18.- 16.- 11.- 8.-
- Kaftedecken, echtfarbig 7.- 4.- 1.50
- Batikdecken Borett-Selbe 120/120 2.-
- Sofakissen, Kapokfüllg. 3.- 2.- 1.50
- Bettwäsche Ueber-Laken und Kissen große Auswahl in nur bester Qualität

Paradiesbettenfabrik

M. Steiner u. Sohn A.-G. Breslau Tel. 51386 Junkernstr. 38-40

Schauspielhaus
 Operettenbühne
 Breslau
 Telefon Nr. 36804

Stadt-Theater Breslau
 (Opernhaus)
 Freitag, 19 Uhr
 Abonnements-Vorstellung Serie C 11
Edengrin
 Sonnabend, 19.30 Uhr
 In vollständiger Neuinszenierung
Der Stabani
 Sonntag, 20 Uhr
Schwanda, der Dubelschnecker

Gräfin Mariza
 Sie verdienen Sie täglich
 10 Mark mit Schnürsenkel
 Nur der/die, kommen
Reste
 in Serge, Kistel, Seid-
 wend, Hermelfutter
 Rohhaar, Garn, Knöpfe
 Kernseife, Erdöl
 alles jetzt billig
 prima Ware
 Detail und Gros
Berth. Lippert
 Breslau
 Seierstraße 18
 Filiale: Oberstr. 17
 Weißberggasse 43

Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren
Oskar Laqua
 Breslau, Anderssensstr. 31

Nähmaschinen
 Anker, Adler, Dürkopp, Singer
 Knopfloch- und Vieren-Maschinen für
 Schneider und Schuhmacher
Fahrräder, Sprechapparate
 Reparatur-Werkstatt
Georg Greulich
 Breslau, nur Hammerstr. 21 u. 62
 Kleine Anzahlung
 wöchentliche Abzahlung 2.50 Mark.

Schaefer-Einreibung
 berühmt und bewährt bei Rheumatismus
 und Nervenschmerz, wird nach einem
 alten Original Rezept in meinem La-
 boratorium hergestellt in Flaschen zu
 0.50, 0.90, 1.90 M. Helen-Apoth. Münster-
 berg Schles., Ring 17 Ecke Bahnhofstr.

Hüte und Mützen
Herren-Artikel
 kaufen Sie am besten bei
Felix Eckert
 Klosterstraße 45, am Mauritiusplatz

Schokoladen alter Art
 Spezialität:
 Trumpf-Schokolade
 Hofort
A. Hentschel
 u. Co.
 Brunnenstraße 34
 u. Tauchnitzpl. 6

Otto Klaebig, Weidenstraße 18
 Messerschmiedemeister
Schleif- und Polier-Anstalt
 Stahlwaren-Spezialgeschäft

Max Schönfelder
 Lebensmittel-Großhandlung
 Heute empfehle ich als besonders
 preiswert:
Bruchreis je Pfd. 19 Pfg.
Goldreis je Pfd. 22 Pfg.
Zafelreis das Pfd. 25, 30 u. 35 Pfg.
Gemischtes Vadeokt
 in meinen anerkannt vorzüglichen
 Mischungen
 das Pfd. zu 50, 60 und 65 Pfg.
Wosnische Pflanzen, tiefdunkel,
 zuckerf. je Pfd. 25, 30, 35 und 40 Pfg.
Dellfisch-Krautweizen
 je Pfd. 34 Pfg.
Sehr vorteilhaftes Angebot!
Holländischer Souda-Rohr
 sehr hart und mild, je Pfd. 90 Pfg.
Zitronen billiger!
 Beste ausgereifte, großblühige Frucht
 3 Stück 18 Pfg., 10 Stück 55 Pfg.,
 25 Stück 1.25 Mk.
 Weinen mit Riesenerfolg eingeführten
Bräu-Kaffee
 Jubiläumsmarkte . . . je Pfd. 3.-
 Bräu-Mischung II . . . " " 2.70
 Bourbon Perl . . . " " 2.80

Max Schönfelder
 Kaffee-Rösterei :: Zee-Import
 Waren-Versandhaus
 und Wein-Großhandlung
 Breslau 1, Albrechtstraße 56

Musikhaus „Odertor“
 Größtes Spezial-Musikhaus in der Odertorvorstadt.
 Vinzenzstrasse 59, Ecke Elbingstraße
 Sprech-Apparate und Schallplatten
 billigst in großer Auswahl bei bequemer Teilzahlung
 Neu eingerichtet: Filiale Scheitnigerstr. 49



Oberhemden Serie A 1.95
 farbig Serie B 3.45
 in jeder Serie nur reguläre Ware in soliden Qualitäten und guter Verarbeitung. Restbestände vorjähriger Muster und angestaubte Hemden zu einem Bruchteil des früheren Wertes
 Serie C 5.65
 Serie D 8.90

Weisse Hemden
 Pikee-Hemd 3.90 | Triko-line 4.90 | Frack-Pikee 6.90
Sporthemd. m. Schillerkrg.
 Zeph. mode 4.95 | Zeph. Flanelle 5.95 | Triko-line 6.95
Enorme Preisherabsetzungen in allen Herrenartikeln
 Taschen 15 | Selbstbinder 45 | Sport-Kragen 10 | Pikee-Sermit 25 | Schillerkragen 65 | Oberhemd-Einsätze 95

S. Zöllner Schmiedebrücke 64/65
 4. Haus vom Ring links
 Spezialhaus für Herren-Ausstattungen
 Auf alle nicht herabgesetzten Preise 10% Rabatt!

Billige Räucherfische und Fischkonserven
 Norwegische Bücklinge
 1 Pfund 0.30, die 5-Pfd.-Kiste 1.40
 Englische Bücklinge
 1 Pfund 0.60, die 5-Pfd.-Kiste 2.80
 Spratzen
 1 Pfund 0.44, die 3-Pfd.-Kiste 1.30
 Lachsgeringe Stück 0.12
 Bratheringe
 1 4 8-Liter-Dose
 0.78 2.80 4.50
 Gelecheringe
 1/2 1 4-Liter-Dose
 0.58 0.98 3.50
 Rollmops in Gewürzsauc
 1-Ltr.-Dose 0.88, 4-Ltr.-Dose 3.50
 Bismarckheringe
 1-Ltr.-Dose 0.88, 4-Ltr.-Dose 3.50
 Lachsanchovis
 1-Pfd.-Dose 0.88, 2-Ltr.-Dose 2.75
 ausgewogen 1-Pfund 0.90
 Fäthheringe in Remoulade
 Dose 0.88 und 1.50
 Rollmops in Mayonnaise Dos. 0.72 u. 1.35
 Bekant-Heringe in verschied. Saucen
 Do.-e 0.85 und 1.50
 Katerfrühlisch Dose 0.72
 Schellfisch „Rix Hering“
 Dose 0.85 und 1.40
 Appetitbäll 1/2 Dose 0.88, 1/4 Dose 0.35
 Matjes-Fleisch Stück 0.20

Möbel
 jeder Art!
Schränke
 für Kleider und Wäsche
Bettstellen
 in Holz u. Eisen
moderne Küchen
 und einzelne
Büfets
 in größter Auswahl und jeder Preislage
Auf Wunsch Teilzahlung!
P. Fleischer
 Waldenburg
 Weinrichstr. 15 18
 Lieferung frei nach allen Orten

Billiger Fleisch-Verkauf!
 Schweinefleisch . . . Pfd. 1.00-1.10
 Schweinefleisch . . . 1.40
 Schweine-Rohfleisch . . . 1.30
 Rindfleisch o. Rindch. Pfd. 1.10-1.30
 Euppenfleisch . . . 0.80-1.00
 Kalbfleisch . . . 1.00-1.20
 Kalbfleisch o. Rindch. 1.30-1.50
 Kalbfleisch . . . 1.30-1.40
 Rindfleisch . . . 1.10-1.30
 Frische Schweinehälften . . . Pfd. 0.50
 Frischer Eber (deutsch) . . . 1.10
 Angeb. Schweinejett (deutsch) . . . 1.00
 Gulaschfleisch . . . Pfd. 0.70-1.00
 Gehacktes . . . von 0.70 an
 Lammfleisch . . . 0.85
 Geputzte Gänse . . . 1.00
 Wänscherpied (deutsch) . . . Pfd. 1.20
 Gestohter Schinken 1/4 0.55
 Roter Schinken 1/4 Pfd. 0.55
 Backschinken 1/4 Pfd. 0.55
 Preßkopf u. Mortabella 1/4 0.30
 Mettwurst . . . 1/4 0.30
 Leberwurst . . . 1/4 Pfd. 0.20-0.40
 Polnische . . . Pfd. 0.90-1.10
 Knoblauchwürst. . . Pfd. 0.70-0.90
 Feinster Würstchen . . . 1/4 Pfd. 0.40
 Geräuchert. Bratenwurst Paar 0.20-0.30
 sowie alle anderen Fleisch- u. Wurstwaren zu billigsten Preisen empfiehlt
Adolf Weiß
 Fleischer- und Wurstfabrik, Breslau
 Wollteufelstraße 13 / Fernspr. 25 689

Kaufhaus Bach & Bladmann
 Breslau 23 :: Herdainstr. 44
 Filiale: Brockau, Güntherstr. 19
 Sämtliche Bedarfsartikel in größter Auswahl zu billigsten Preisen!

Frieditz
 Waldenburg
 Auenstraße 55, am Sonnenplatz

Billigste Bezugsquelle für Qualitätswaren
Bekleidungshaus
A. Ostrower
 Striegan Ring 48.

Zigarren
Zigaretten
Tabake
 stets gut und billig und in reicher Auswahl bei
Max Olbrich, Weißstein
 Ecke Feldstraße

Franz Potstada Hirschberg
 Außere Burgstr. 3
 Roh-Fleisch- und Wurstwaren

Wintergarten
 Jeden Sonntag
Großer Ball Anfang 4 Uhr
 Liegnitz, Wiesenstraße

Hühneraugen
 Hornhaut, Schwielen und Warzen
 beseitigt schnell, sicher und unblutig
Kukirol
 Verlangen Sie in der nächsten Kukirol-Verkaufsstelle ausdrücklich die neue Packung mit dem Garantie-schein, denn Sie erhalten dann bei Nichterfolg Ihr Geld zurück!
 Eine Packung Kukirol mit dem Garantieschein kostet 1 Mark.